

# **Potsdamer Beiträge zur Sozialforschung**

**Nr. 30, August 2009**

## **Wohlfahrtsstaatlichkeit in Lateinamerika**

**Frank Schneider**

Herausgeber: Prof. Dr. Dieter Holtmann

Lehrstuhl für Methoden der empirischen Sozialforschung

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät

Universität Potsdam



# **Potsdamer Beiträge zur Sozialforschung**

**Nr. 30, August 2009**

## **Wohlfahrtsstaatlichkeit in Lateinamerika**

**Frank Schneider**

Herausgeber: Prof. Dr. Dieter Holtmann

Lehrstuhl für Methoden der empirischen Sozialforschung

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät

Universität Potsdam

ISSN 1612-6602

## Inhalt

1.	Einleitung	1
2.	Die historische Entwicklung der Wohlfahrtsregime in Lateinamerika	2
3.	Strukturen und zentrale Charakteristika lateinamerikanischer Wohlfahrtsproduktion	6
3.1	Ausgewählte Entwicklungspfade lateinamerikanischer Wohlfahrtsstaaten	15
3.2.	Lateinamerika – ein Wohlfahrtsregime?	20
4.	Exkurs: Wohlfahrtsregime und Geschlechterverhältnisse in Lateinamerika	22
5.	Exkurs: Bildung in Lateinamerika und Wohlfahrtsregime	27
6.	Zusammenfassung	32
	Literatur	34
	Anhang	38



## 1. Einleitung

Wohlfahrtsstaatlichkeit wird gemeinhin als Staatstätigkeit verstanden, die sich auf die Verhinderung materieller Verelendung und den Schutz vor sozialen Risiken diverser Art bezieht. Häufig werden hiermit Arbeitslosen- und Rentenzahlungen sowie Krankenversicherung assoziiert. Aus wissenschaftlicher Perspektive bietet es sich an, diese Sicherungssysteme im gesamtgesellschaftlichen Kontext zu untersuchen. Tatsächlich stehen die Sozialtransfers in engem Zusammenhang mit arbeitsrechtlichen Bestimmungen, Steuersystemen und Familienarrangements. Wohlfahrtsstaatlichkeit kann also als geronnener Ausdruck der Solidaritätsvorstellungen und Ideale über gutes Zusammenleben einer Gesellschaft verstanden werden.

Wohlfahrtsstaatlichkeit wird im internationalen Vergleich in deutlich unterschiedlicher Form praktiziert. Während die umfassendsten sozialen Sicherungssysteme in den westlichen Industrienationen zu finden sind, wird Lateinamerika meist als Ort horrender Armut und Ungleichheit beschrieben. Hier leben 43 % der 520 Millionen Einwohner von weniger als zwei Euro am Tag, die reichsten 10 % der Lateinamerikaner verfügen über 45 % aller Einkommen (in Deutschland beträgt die Relation 22 %, vgl. Grabendorff, 2003). Das jährliche Pro-Kopf-Einkommen blieb seit den 1980er Jahren nahezu konstant und beträgt ca. 4000 Euro. Lateinamerika konnte in den letzten Jahrzehnten seinen Anteil am Welthandel nicht erhöhen und hat stattdessen exzessive Haushaltsdefizite und Inflationsprobleme angehäuft. Zwar fanden die meisten Staaten den Weg zurück zur Demokratie doch eine signifikante Armutsreduktion konnte seitdem nicht gelingen. Manche Studien zur sozialen Lage der Region sprechen daher sogar von „Afrikanisierung“ und „failed states“. Dabei handelt es sich bei Lateinamerika – der Begriff wurde erst 1856 eingeführt – bestenfalls um einen Kulturraum mit ähnlichen historischen Erfahrungen, etwa der kolonialen Unterdrückung durch europäische Mächte. Ansonsten sind jedoch bemerkenswerte nationale Unterschiede zu konstatieren: während einige Länder, insbesondere in Zentralamerika, zu den ärmsten der Welt gehören, konnten die Staaten des Cono Sur – der südlichen Spitze des Kontinents – einen weit höheren Entwicklungsstand erreichen. Hier wurden ab den 1920er Jahren auch die ersten Formen von sozialer Sicherung eingeführt.

Dieser Beitrag wird Wohlfahrtsstaatlichkeit in Lateinamerika primär von einem soziologischen Standpunkt aus betrachten, obgleich schon die bisherigen Ausführungen angedeutet haben, dass viele angrenzende akademische Disziplinen ebenfalls Erklärungsbeiträge für das Untersuchungsobjekt Wohlfahrtsstaat liefern können. Klassischen Ansätzen der Wohlfahrtsforschung - etwa der Typologie nach Esping-Andersen (1990) - kommt dabei ein besonderes Gewicht zu obwohl sie sich auf die westlichen Industrienationen beziehen und daher

einer Erweiterung um die Spezifika von Entwicklungs- und Schwellenländern bedürfen. Wesentlich soll in diesem Beitrag die Entwicklung der Wohlfahrtsstaatlichkeit Lateinamerikas in historisch vergleichender Perspektive mitsamt der zentralen Charakteristika und Mechanismen dargestellt werden. Einem breiteren Verständnis von Wohlfahrtsstaatlichkeit folgend sollen auch Analysen zu Geschlechterverhältnissen und Bildungssystemen Bestandteil dieses Beitrags sein. Wir wollen so zu einem umfassenden Verständnis der Logik des Arrangements zwischen Staat, Markt und Familie in Lateinamerika kommen.

## **2. Die historische Entwicklung der Wohlfahrtsregime in Lateinamerika**

Nach der Unabhängigkeit von den kolonialen Mächten blieben die - durch deren Wirken geschaffenen - Strukturen sozialer Ordnung weithin intakt. Auch die kreolischen Nachfahren von Spaniern und Portugiesen änderten wenig an der strikten und rassistischen Stratifikation. Die „ethnisch abgegrenzten Kastensysteme“ (Rehrmann, 2005, S. 125) wurden zur Grundlage sozialpolitischer Programme, die als Bindemittel für Loyalitäten fungierten. Staatsbedienstete und Militärangehörige profitierten als erste von Gesundheitsvorsorge und Rentensystemen, schrittweise wurden weitere Berufsgruppen einbezogen und die Leistungen fragmentarisch erweitert (vgl. Mesa-Lago, 1989). Gemeinhin wird die Sozialpolitik des uruguayischen Präsidenten Batlle y Ordóñez (1903-1907, 1911-1915) als Grundstein der Wohlfahrtsstaatlichkeit in Lateinamerika gesehen. Er etablierte neben Rentenprogrammen für den überwiegenden Teil der abhängig Beschäftigten auch weitreichende Arbeitsschutzgesetze (u.a. Acht-Stunden-Tag, Sechs-Tage-Woche) und eine expansionistische Bildungspolitik. Diese Maßnahmen dienten auch als Legitimitätsquelle der herrschenden Eliten und sollten die vormaligen bürgerkriegsartigen Zustände entschärfen. In den 1940er Jahren wurden Landarbeiter und Selbständige in die Sozialversicherungssysteme Uruguays einbezogen, ab den 1960er Jahren wurden sozialpolitische Kompensationsleistungen für Mutterschutz und Arbeitslosigkeit eingeführt, wenn auch auf niedrigem Niveau. 1970 hatten bereits ca. 95 % der Erwerbsbevölkerung Teil an den Sozialversicherungssystemen (vgl. Faust/ Lauth/ Muno, 2004).

Etwa zeitgleich zu diesen Entwicklungen in Uruguay kam es auch in anderen Ländern Lateinamerikas zur Implementierung wohlfahrtsstaatlicher Programme: Chile, Argentinien, Kuba und Brasilien, die daher als „Pioniere“ lateinamerikanischer Wohlfahrtsstaatlichkeit bezeichnet werden (Mesa-Lago, 1989, S. 3). Diese Programme haben heute signifikanten Einfluss auf das Leben weiter Teile der Bevölkerung, während in anderen Staaten des Kontinents nur rudimentär Sozialpolitik betrieben wird. Der folgende Abschnitt soll die historische Entwicklung der Wohlfahrtsstaaten und -regime Lateinamerikas in ihren wesentlichen Zügen darstellen und die

wichtigsten nationalen Unterschiede beleuchten. Die zentralen Charakteristika werden gesondert aufgeführt. Dies kann nur auf Grundlage einer erheblichen Komplexitätsreduktion gelingen. Statt einer erschöpfenden Analyse aller sozialpolitischen Programme soll also die Substanz bzw. Wohlfahrtslogik im Vordergrund der weiteren Vorgehensweise stehen.

### Wichtige Aspekte im zeitlichen Überblick

Mit Einführung der Sozialversicherungssysteme in den 1920er Jahren in Chile, Argentinien, Uruguay, Brasilien und Kuba wurden wohlfahrtsstaatliche Strukturen geschaffen, die eine hohe Beharrungskraft haben sollten und in ihren Grundzügen fast überall bis heute erkennbar sind. Da zunächst nur Gruppen einbezogen wurden, die über Macht oder ökonomische Ressourcen verfügten und daher für die Funktionsweise des Staates unmittelbar relevant waren, wie etwa Militärangestellte und Staatsbedienstete, kann nach üblicher Definition nicht von einem Wohlfahrtsstaat gesprochen werden, der weiten Teilen der Bevölkerung Ansprüche zugesteht. Nur graduell wurden weitere Berufsgruppen in das System der sozialen Sicherung hinzugefügt, die meist gut organisiert waren oder eine besondere strategische Relevanz hatten, wie etwa Industriearbeiter, Lehrer und Beschäftigte im Energie-, Banken- und Kommunikationsbereich. In allen Pionierstaaten blieben Angehörige des informellen Sektors und weitgehend Landarbeiter, die noch heute ca. 50 % aller lateinamerikanischen Beschäftigten stellen, ohne Sozialversicherungsansprüche, entweder aufgrund einer rechtlich nicht vorgesehenen Inklusion dieser Gruppen oder de facto wegen der fehlenden Beitragszahlungen; schließlich müssten sie den Arbeitgeberanteil, der in den Pionierstaaten durchschnittlich rund zwei Drittel der gesamten Beiträge ausmacht, allein tragen (vgl. Huber, 1996/ Segura-Ubierto, 2007, Mesa-Lago, 1989).

Es ergab sich insgesamt ein äußerst fragmentiertes und stratifiziertes System der sozialen Sicherung, das den jeweils neu einbezogenen Berufsgruppen immer weniger generöse Ansprüche zugestand. Insgesamt resultierte diese Ordnung sozialer Sicherung sowohl aus den Interessenartikulationen der organisierten Berufsgruppen als auch aus dem Versuch paternalistischer Eliten, Loyalitäten zu binden und weitere Gewerkschaftsagitation zu blockieren. Fast alle Maßnahmen beschränkten sich auf Pensionen, Gesundheitsvorsorge sowie Preiskontrollen und Subventionen bei Nahrungsmitteln, während Arbeitslosenversicherung und Familienleistungen einen niedrigen Stellenwert (nach wie vor) haben und nur in wenigen Ländern unter restriktiven Bedingungen eingeführt wurden. Bildungsausgaben sind hiervon gesondert zu betrachten, werden aber in einigen Statistiken (nicht allen) unter die Sozialausgaben subsumiert.

Eine zweite Gruppe von Staaten, die aus Kolumbien, Costa Rica, Mexiko, Paraguay, Peru und Venezuela besteht, hatte in den 1940er Jahren erstmals Sozialversicherungssysteme eingeführt und

damit wohlfahrtsstaatliche Politik im weiteren Sinne betrieben. Sie orientierten sich an Vorgaben aus dem Beveridge-Report und Studien der ILO (International Labour Organisation), um die Probleme der Pionierstaaten zu vermeiden (vgl. Mesa-Lago, 1989). Anders als diese verfügten sie jedoch noch weniger über eine industrielle Basis, dafür über einen prädominanten landwirtschaftlichen Sektor. In den Ländern dieser zweiten Gruppe wurde, anders als in den Pionierstaaten, jeweils eine zentrale Agentur geschaffen, die mit der Organisation der sozialen Sicherungssysteme beauftragt wurde. Dies führte zwar zu niedrigerer Stratifikation der Programme, allerdings war die Zahl der Anspruchsberechtigten noch geringer als in der ersten Gruppe.

Die Gruppe der Späteinführer besteht nach Mesa-Lago (1989) aus den Ländern Zentralamerikas (außer Costa Rica und Panama) sowie der Karibik (außer Kuba), die erstmals in den 1950er bis 1960er Jahren vergleichbare soziale Sicherungssysteme einführten, ebenso unter einer zentralen Agentur, jedoch mit einer äußerst geringen Zahl der Anspruchsberechtigten.

Der gegebene Überblick über die erstmalige Einführung sozialer Sicherungssysteme soll nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch innerhalb der Gruppen, besonders aber zwischen den Gruppen massive Unterschiede bestehen. So etwa lag das Pro-Kopf-Bruttosozialprodukt in Kaufkraftparitäten 1930 in Argentinien bei 559 US-Dollar, dagegen in Brasilien bei 126 US-Dollar (vgl. Segura-Ubiergo, 2007). Trotzdem ist der zeitliche Zusammenhang der Implementierung erster sozialer Sicherungssysteme nicht Zufall. Vielmehr können die Gruppen noch heute hinsichtlich vieler Indikatoren deutlich unterschieden werden, wie noch zu zeigen sein wird. Zunächst sollen die weiteren Rahmenaspekte der Entwicklung lateinamerikanischer Wohlfahrtsregime erläutert werden. Große Bedeutung kommt dabei der protektionistischen Wirtschaftsordnung zu, die besonders in den oben genannten Pionierländern Lateinamerikas ab den 1930er Jahren praktiziert wurde. Das bis dahin verfolgte exportorientierte Wachstum (export led growth) wurde nach dem Börsencrash von 1929 und dem raschen Preisverfall der Rohstoffe, auf deren Produktion und Verkauf sich die meisten Länder spezialisiert hatten, zugunsten einer Import-Substituierungs-Industrialisierung (ISI) aufgegeben. Dies bedeutete eine abnehmende Abhängigkeit von den Weltmärkten unter hohen Ein- und Ausfuhrzöllen und einen subventionierten Aufbau von Industrie und Infrastruktur. Es wurden extensive Arbeitsplatzgarantien gegeben, verbunden mit höheren Ansprüchen auf soziale Sicherung. Die Kosten hierfür in Form höherer Beitragszahlungen konnten von den Arbeitgebern wiederum aufgrund der protektionistischen Märkte an die Konsumenten weitergegeben werden (vgl. Huber, 1996). Die entstandenen „Anspruchsklassen“ der Arbeiter im formalen Sektor wurden häufig als strategisches Instrument zur Machterhaltung populistischer Regierungen genutzt, etwa unter Perón in Argentinien (1946-1955) oder unter Vargas in Brasilien (1930-1945). Peróns „Vermächtnis eines sozialen Sicherungssystems mit weiträumiger Abdeckung für Pensionen und Gesundheitsvorsorge



mit allerdings hoher Heterogenität und Ungleichheit“ (Huber, 1996, S. 151) war demnach Grundlage eines explizit korporatistischen Systems.

Eine trennscharfe Unterscheidung von staatlicher und marktlicher Wohlfahrtsproduktion kommt daher für Lateinamerika, wie dieses Beispiel zeigt, nicht in Frage aufgrund komplexer und „ineinander eng verbundener Aufgaben und Zuständigkeiten von Staat, Arbeitgebern und privaten Akteuren“ (Barrientos, 2004, S. 129). Gerade die hohen Arbeitsplatzgarantien, die unter der damals herrschenden ISI-Doktrin gegeben wurden, sind exemplarisch dafür. Zwar gab es auch in dieser Hinsicht bedeutsame nationale Unterschiede, selbst innerhalb der Pionierländer mit vergleichsweise umfassenden sozialen Sicherungsnetzen, da etwa in Chile und Uruguay der parlamentarische Einfluss auf die Sozialgesetzgebung größer war als in den autokratischen Regimes Argentiniens und Brasiliens, dennoch kann vorerst festgehalten werden, dass „Wohlfahrtssysteme am meisten in jenen Ländern expandierten, die ISI-Politiken verfolgten. [...] im exakten Gegensatz zu der Beziehung, die Forscher für entwickelte Industriegesellschaften entdeckt haben“ (Segura-Ubierno, 2007, S. 36).

Problematisch am ISI-Modell war allerdings die steigende Schuldenlast vieler Länder des Kontinents, da zur Finanzierung der Investitionsprogramme besonders bei westlichen Banken erhebliche Kredite aufgenommen wurden. Als nach der Ölkrise 1973 die Zinsniveaus deutlich stiegen, konnten Verbindlichkeiten vielfach nicht mehr bedient werden, was Finanzadjustierungsprogramme (structural adjustment programs) unter Aufsicht des IMF in den vormals protektionistischen Volkswirtschaften nötig machte (vgl. Bulmer-Thomas, 2003). Die wirtschaftlichen Umstrukturierungen riefen eine kontinentale Krise hervor – noch heute werden die 1980er Jahre als „verlorenes Jahrzehnt“ umschrieben. Die Staaten fanden allerdings höchst unterschiedliche nationale Pfade der Problembewältigung, sowohl in Bezug auf die sozialen Sicherungssysteme wie auch auf die marktwirtschaftliche Ordnung. Insgesamt lässt sich eine deutliche Orientierung an marktliberalen Maßnahmen konstatieren. Die Einführung privater Altersvorsorgeprogramme, die abnehmenden Arbeitsplatzrestriktionen, die Reduzierung der Außenhandelszölle sowie die Privatisierung staatlicher Unternehmen fanden quasi überall statt, allerdings mit unterschiedlicher Entschiedenheit. Am radikalsten ging dabei die Militärregierung Chiles unter Pinochet (1973-1990) vor. Die einzelnen Entwicklungspfade und ihre spezifischen *welfare outcomes* sollen noch eingehender dargestellt werden.

Will man den „Wohlfahrtsmix“ umfassend beschreiben, so sind auch Ausführungen zu Struktur und Funktionsweise der Haushalte/ Familien zu machen, da auch sie eine Absicherung gegen soziale Risiken bieten können. Besonders die, durchschnittlich von 5,9 (1950-1955) auf 2,66 (1995-2000) sinkenden Fertilitätsraten sowie die steigende Lebenserwartung sind Triebkräfte einer

tiefgreifenden demographischen Transition (vgl. Barrientos, 2004). Gesellschaftliche Alterung, gemessen an steigenden Altersquotienten, hat einen starken Einfluß auf intergenerationale Absicherungsmechanismen. Da ein erheblicher Teil der lateinamerikanischen Bevölkerung auf diese informellen Sicherungsnetzwerke angewiesen ist, haben die demographischen Veränderungen eine äußerst große gesamtgesellschaftliche Bedeutung. Insgesamt „stellt das Zurückfallen auf den Familienumkreis eine Antwort auf makroökonomische Risiken dar [...] und bestätigt sich anhand der Zunahme des Anteils großer Haushalte bei wirtschaftlichen Instabilitäten“ (Barrientos, 2004, S.126). Freilich bestehen auch bei diesem Themenkomplex große internationale Unterschiede: während beispielsweise der Anteil dieser extendierten Haushalte, die mehr als die Kernfamilie um Eltern und Kind beherbergen, in Venezuela 1994 bei 30,7 % lag, so lag er in Argentinien bei 13,2 %. Nachfolgend sollen die wesentlichen Strukturen und Charakteristika lateinamerikanischer Wohlfahrtsproduktion eingehender spezifiziert, sowie ein Verständnis geschaffen werden für die enge Verbundenheit der Wohlfahrtsproduzenten Staat, Markt und Familie.

### **3. Strukturen und zentrale Charakteristika lateinamerikanischer Wohlfahrtsproduktion**

Eine erste Annäherung an die Analyse wohlfahrtsstaatlicher Strukturen bietet die Sozialleistungsquote (SLQ), die den Anteil aller Sozialleistungen, d.h. inklusive Bildung, Gesundheit und Renten, am Volkseinkommen misst. Wie Abbildung 1 zeigt, können drei Gruppen unterschieden werden nach Höhe ihrer Sozialleistungsquoten. In der ersten Gruppe, die von Argentinien, Costa Rica, Uruguay, Chile und Panama vertreten wird, liegt die Quote bei durchschnittlich 17-18 % zwischen 1980-1999. In einer zweiten Gruppe, zu der Nicaragua, Bolivien, Brasilien, Kolumbien, Venezuela und Ecuador gehören, liegt die Quote bei 12-13 %. In den restlichen Ländern Mexiko, Honduras, Guatemala, Dominikanische Republik, Peru, Paraguay und El Salvador beträgt die Quote unter 10%. Es lassen sich zwar hieraus noch keine Aussagen ableiten über die Verwendung der Mittel und den Entwicklungsstand der Volkswirtschaften, der über die absolute Höhe der Sozialleistungen Auskunft gibt. Nichtsdestotrotz fällt auf, dass die Pionierländer offenbar den Sozialleistungen deutlich mehr finanzielle Mittel zukommen lassen, gemessen an ihrer Wirtschaftskraft, als andere Länder (vgl. Faust/ Muno/ Lauth, 2004). Insgesamt sind die öffentlichen Ausgaben für Sozialleistungen nach dem „verlorenen Jahrzehnt“ in den 1980ern deutlich angestiegen, wie Abbildung 2 zeigt.

Abbildung 1: Sozialleistungsquote 1980-1999

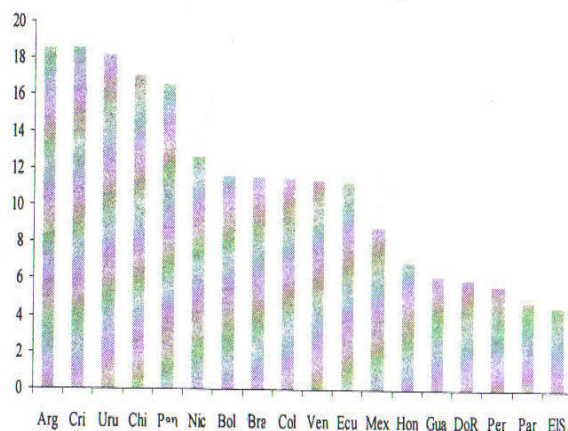
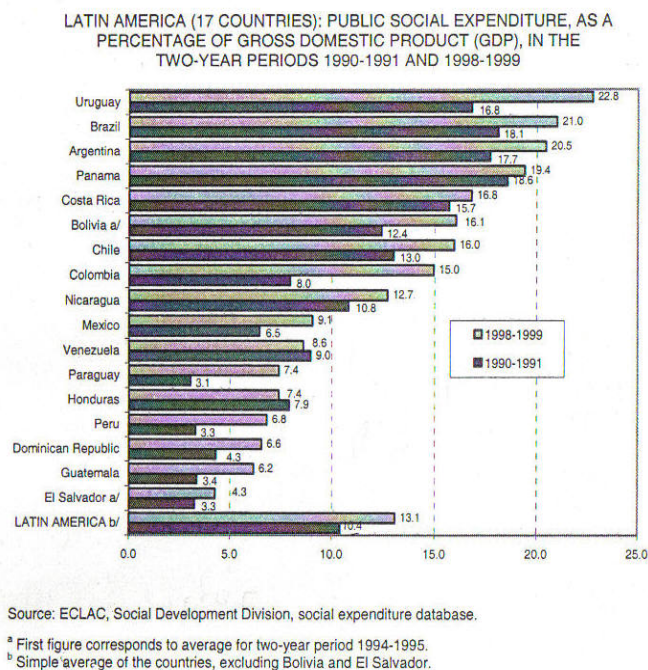


Abbildung 2: Sozialleistungsquote 1990/91, 1998/99



Quelle: Faust/ Muno/ Lauth, 2004

Quelle: ECLAC, 2004

Eine anspruchsvollere Erfassung wohlfahrtsstaatlicher Strukturen bietet der „Wohlfahrtsaufwand-Index“ (welfare effort index), der sich aus vier (interkorrelierenden) Indikatoren zusammensetzt: den Sozialausgaben in Prozent am BIP (inkl. Gesundheit, Bildung und Sozialversicherungen), Sozialausgaben in Prozent an den gesamten öffentlichen Ausgaben, Sozialausgaben pro Kopf und dem Prozentsatz der von sozialen Sicherungsleistungen profitierenden Personen an der Gesamtbevölkerung. (vgl. Segura-Ubiergo, 2007). Wie Tabelle 1 zeigt, ergeben sich aus den Durchschnittswerten von 1973 bis 2000 zwei Gruppen: erstere mit einem hohen Aufwand für soziale Sicherung, genannt Wohlfahrtsstaaten (welfare states), die zweite mit einem niedrigen Aufwand für soziale Sicherung, genannt Nicht-Wohlfahrtsstaaten (non-welfare states) (vgl. Segura-Ubiergo, 2007). Während die Wohlfahrtsstaaten einen durchschnittlichen Index-Wert von 168,9 erreichen, rund zwei Drittel der ökonomisch aktiven Bevölkerung in die sozialen Sicherungssysteme einbeziehen und über 10 % des BIP dafür aufwenden, erreichen die Nicht-Wohlfahrtsstaaten nur einen Index-Wert von durchschnittlich 56,6, beziehen durchschnittlich 21,7 % der ökonomisch aktiven Bevölkerung in die sozialen Sicherungssysteme ein und wenden dafür durchschnittlich 4,9 % des BIP auf. Freilich ist auch dieser Index für die analytischen Absichten dieser Arbeit ungenügend, wiederum können keine Aussagen über Verwendungszweck

und Verteilung der Mittel gegeben werden. Zudem lässt die hohe Varianz innerhalb der beiden Gruppen den Index als zu undifferenziert erscheinen. Insgesamt bietet er nicht die Möglichkeit „zu verstehen, warum manche Staaten erfolgreicher und effektiver sind bei der Reduzierung von Armut, der Ausweitung der Gesundheitsvorsorge und der Expansion von Bildung [...], sondern, welche diese Ziele stärker verwirklichen wollen als andere“ (Segura-Ubiergo, 2007, S. 29).

Tabelle 1: Wohlfahrtsaufwand-Index 1973-2000, Quelle: Segura-Ubiergo, 2007

Wohlfahrtsaufwand	Sozialausgaben in Prozent des BIP, 1973-2000	Sozialausgaben in Prozent aller öffentlichen Ausgaben, 1973-2000	Sozialausgaben pro Kopf 1973-2000	Deckungsgrad Sozialversicherungen 1980	Wohlfahrtsaufwand-Index*
Hoher Wohlfahrtsaufwand					
Uruguay	13,5	63-66	950	68,5	<b>230</b>
Argentinien	14,7	48-53	836	78,9	<b>181,2</b>
Chile	13,8	54-57	581	67,3	<b>163,8</b>
Costa Rica	10,5	59-66	533	76	<b>163,2</b>
Brasilien	12,5	42-65	459	48	<b>138,9</b>
Gruppendurchschnitt	13,2	54-62	678	77,4	<b>168,9</b>
Niedriger Wohlfahrtsaufwand					
Mexiko	5,6	36-46	334	53,4	<b>88,5</b>
Venezuela	7,2	32-34	281	45,2	<b>87,2</b>
Bolivien	6,5	38-41	123	25,4	<b>66,5</b>
Ecuador	4,8	34-37	103	7,9	<b>55,3</b>
Paraguay	4	37-39	117	18,2	<b>53,8</b>
El Salvador	5,1	30-32	112	6,2	<b>44,6</b>
Peru	5,3	24-28	108	17,4	<b>44,2</b>
Dominikanische Republik	4,3	28-29	115	7,9	<b>39,9</b>
Guatemala	3,1	29-32	77	14,2	<b>36,9</b>
Gruppendurchschnitt	4,9	32-36	149	21,7	<b>56,6</b>

\* Faktoren-Analyse (nach principal components) anhand der Teilindizes

Ein ähnliches Resultat bringt Mesa-Lago's Ranking der sozialen Sicherungssysteme hervor unter Einbezug von 11 Indikatoren (vgl. Mesa-Lago, 1989). Die Pionierstaaten, die ab den 1920er Jahren erste soziale Sicherungsnetze etablierten, haben diese Systeme auch am weitesten entwickelt. Über 60 % der Bevölkerung profitieren hier von Rentenprogrammen und Gesundheitsvorsorge. Die Ausgaben liegen bei ca. 10 % des BIP. Auffällig ist der hohe Anteil der Kosten für Rentenzahlungen. Dies begründet sich durch den vergleichsweise weiten Kreis der

Anspruchsberechtigten und die hohe Lebenserwartung. Gemeinhin sind die sozialen Sicherungssysteme dieser Gruppe von finanziellen Engpässen gekennzeichnet, „globale Reform daher dringend“ (Mesa-Lago, 1989, S. 42). Die intermediäre Gruppe, deren Länder soziale Sicherungsnetze ab den 1930er bis 1940er Jahren eingeführt haben, berechnen 8 bis 53 % ihrer Bevölkerung zu Rentenprogrammen und Gesundheitsvorsorge. Die Ausgaben hierfür liegen bei 3 bis 7 % des BIP. Der Großteil davon fließt der Gesundheitsvorsorge zu, da ein geringerer Teil der Bevölkerung Rentenansprüche hat und die Lebenserwartung niedriger ist. Die dritte Gruppe, deren Länder soziale Sicherungsnetze ab den 1950er bis 1960er Jahren einführen, gewähren nur 1 bis 14 % Ansprüche auf diese Leistungen. Demgemäß liegen die Ausgaben nur bei ca. 2 % des BIP. Davon fließen ca. vier Fünftel dem Gesundheitssystem zu. Als zentrale Herausforderung ist hier die Einbeziehung weiterer Teile der Bevölkerung zu identifizieren (vgl. Mesa-Lago, 1989).

Die getroffene Unterscheidung lässt sich anschaulich mit Tabelle 2 zusammenfassen, die zudem auf neueren Daten von 2001 basiert. Darin wird die starke Sozialversicherungsneigung der entwickelten Pionierstaaten deutlich sowie die Neigung der weniger entwickelten Wohlfahrtsstaaten, direkte soziale Unterstützungsleistungen (social assistance) anzubieten. Diese werden den ärmsten Haushalten unter bestimmten, programmspezifischen Restriktionen ausbezahlt oder in Form von Ernährungshilfen und Schulmahlzeiten angeboten (vgl. Lindert/ Skoufias/ Shapiro, 2006). Diese neuen Entwicklungen verändern die Natur lateinamerikanischer Wohlfahrtsstaatlichkeit nachhaltig und werden noch näher zu spezifizieren sein. Zunächst lassen sich drei zentrale Charakteristika lateinamerikanischer Wohlfahrtsproduktion hervorheben: eine ausgeprägte Sozialversicherungsneigung, der Übergang von einer protektionistischen zu einer offenen Wirtschaft und eine hohe Informalität.

Tabelle 2: Sozialpolitik – Ausgabenprioritäten, nach Sozialversicherung (SV) und direkten Unterstützungsleistungen (SA), in Gruppen

	Länder	Sozialausgaben 2001 im Durchschnitt und Prioritäten		
		Sozialausgaben insgesamt	Sozialversicherungsausgaben	Direkte Unterstützungsleistungen
Gruppe 1: hohe Sozialausgaben	Kolumbien, Chile, Argentinien, Brasilien, Uruguay	Durchschn. 11,5 % des BIP überwiegend SV	Durchschn. 9,8 % des BIP Renten-, Unfall-, Arbeitslosenversicherung	Durchschn. 1,8 % des BIP überwiegend konditionale Geldtransfers
Gruppe 2: mittlere Sozialausgaben	Venezuela, Paraguay, Peru, Mexiko, Costa Rica	Durchschn. 3,7 % des BIP mehrheitl. SV	Durchschn. 2,9 % des BIP besonders Pensionen	Durchschn. 0,8 % des BIP Mischung aus Sachleistungen und konditionalen Geld- transfers
Gruppe 3: niedrige Sozialausgaben	Nicaragua, Honduras, Dominikanische Republik, Guatemala, El Salvador	Durchschn. 1,9 % des BIP überwiegend SA	Durchschn. 0,3 % des BIP besonders Pensionen	Durchschn. 1,6 % des BIP besonders Sachleistungen, gelegentlich konditionale Geldtransfers

Quelle: Lindert/ Skoufias/ Shapiro, 2006

### Zentrale Charakteristika

Die Literatur über öffentliche Ausgaben für soziale Sicherung unterscheidet generell zwischen Sozialversicherungs- (social insurance) und direkten Unterstützungsleistungen (social assistance). Während im ersten Fall Beitragszahlungen Voraussetzung sind für individuelle Ansprüche, werden im zweiten Fall beitragsunabhängige, da steuerfinanzierte Leistungen an Bedürftige ausgezahlt, um „die Konsumptionslevel der chronisch armen Haushalte zu heben“ (Lindert/ Skoufias/ Shapiro, 2006, S. 5). Die vergleichsweise weit entwickelten Wohlfahrtsstaaten verwenden einen Großteil ihrer Ressourcen für Sozialversicherungsleistungen. Die Bindung an formale Beschäftigung, an der im kontinentalen Durchschnitt nur ca. 50 % der ökonomisch aktiven Bevölkerung partizipieren, führte zur Bezeichnung des „verkürzten Wohlfahrtsstaates“ (truncated welfare state). Selbst für diese fand im historischen Vergleich nur eine graduelle und fragmentierte (je nach Berufsgruppe)

Ausweitung der beanspruchbaren Leistungen statt. Folglich haben rund 50 % der kontinentalen Bevölkerung keinen Anspruch auf öffentliche Leistungen jedweder Form! Insgesamt haben die Systeme „die schon bestehende Ungleichheit auf den Arbeitsmärkten mehr als verschärft, da Finanzierungselemente teilweise über indirekte Steuern und Arbeitgeberanteile über Preise in protektionistischen Märkten erworben wurden“ (Huber, 1996, S. 143, 144). Es profitieren überproportional Bezieher mittlerer bis höherer Einkommen, die sich umfassender Versicherungen für Alter, Krankheit, Unfall und teilweise Arbeitslosigkeit erfreuen. Sozialversicherungssysteme in Lateinamerika sind hochgradig regressiv, besonders Rentenleistungen: 61% der Netto-Pensionsmittel (net pension subsidies) erreichen das oberste Einkommensquintil, nur 3 % das unterste Einkommensquintil (vgl. Lindert/ Skoufias/ Shapiro, 2006). Eine ähnlich hohe Regressivität ist, lateinamerikanische Sozialausgaben betrachtend, nur bei tertiärer Bildung gegeben. Wurden Ansprüche auf Nicht-Beitragszahler erweitert, sind die Leistungen generell sehr gering. Es lässt sich angesichts dieser Probleme konstatieren, „dass das Bismarcksche Modell sozialer Versicherung in Lateinamerika nicht adäquat funktionieren konnte, da sich seine Arbeiterschaft in ihrer Zusammensetzung von der europäischen massiv unterscheidet“ (Mesa-Lago, 1989, S. 13). Die Abkehr vom ISI-Modell (in den betroffenen Ländern) und die Öffnung der Märkte ab den 1980er Jahren sowie die Anwendung der Adjustierungspolitiken führten sogar noch zur dramatischen Abnahme des Anteils der Anspruchsberechtigten, von denen viele in Arbeitslosigkeit oder Informalität gedrängt wurden. In Bezug auf öffentliche Transfers ergaben sich im Gefolge dieser Zäsur zwei bedeutende Neuerungen: die Einführung von direkten, konditionalen Unterstützungsleistungen in signifikantem Umfang und die partielle Modifizierung der Sozialversicherungssysteme anhand individueller Kapitaldeckungselemente (individual savings accounts).

Die direkten Unterstützungsleistungen sind steuerfinanziert, Leistungsempfänger müssen Bedürftigkeit nachweisen. Sie richten sich daher explizit an die von Armut betroffene Bevölkerung und sind nicht an formale Beschäftigung gebunden. Konditionen variieren je nach Programm – zum Beispiel am Schulbesuch und der Impfung der Kinder. Zu den größten zählen Mexikos „Oportunidades“ (ca. 5 Mio. Empfänger), Brasiliens „Bolsa Familia“ (ca. 44 Mio. Empfänger) oder Chiles „Solidario“. Die direkten Unterstützungsleistungen, die auch in Form von Nahrungsmittelhilfen oder Schulesen erfolgen können, sind überwiegend progressiv, insgesamt aber mit deutlich weniger finanziellen Ressourcen ausgestattet als die Sozialversicherungssysteme und daher nur bedingt in der Lage, die historische „Verkürzung“ des lateinamerikanischen Wohlfahrtsstaates zu kompensieren. Erhebliche Widerstände von den Profiteuren des bisherigen Systems machen die Neuadjustierung der öffentlichen Ausgaben zu einem schwierigen Unterfangen

(vgl. Lindert/ Skoufias/ Shapiro, 2006). Im Zuge immer größerer finanzieller Schwierigkeiten wurden ab den 1980er Jahren in vielen Ländern daher nur partielle Modifikationen durchgeführt (mit Ausnahme des chilenischen Pfadwechsels). Individuelle Kapitaldeckungselemente sind nun in quasi allen Ländern der Region eingeführt worden, vor allem bei Pensionen, aber auch bei Krankenversicherung und Arbeitslosenversicherung.

Insgesamt ist der private Versicherungssektor im Vergleich zu industrialisierten Ländern noch unterentwickelt, zeichnet sich aber als deutlicher Entwicklungstrend ab (vgl. Barrientos, 2004). Freilich unterscheiden sich die einzelnen Systeme in ihrer Organisationsstruktur erheblich: Während in manchen Ländern (wie etwa Chile, Bolivien, Mexiko) nur noch private Rentenfonds die Zahlungen ihrer Klienten verwalten, blieb in anderen Ländern (wie etwa Argentinien, Uruguay, Costa Rica) das öffentliche Beitragsmodell erhalten und wurde um private Versicherungsanbieter ergänzt. Zusammenfassend erfahren lateinamerikanische Wohlfahrtsstaaten intensive Veränderungen seit etwa 1980 und eine Zunahme liberaler Elemente.

Diese Veränderungen sind auch auf den Arbeitsmärkten zu verzeichnen und stehen unter dem Zeichen des Wandels von protektionistischer zu liberaler Wirtschaftsordnung, dem zweiten (hier hervorgehobenen) Charakteristikum lateinamerikanischer Wohlfahrtsproduktion. Kein Land Lateinamerikas entkam der großen Depression, die 1929 von den USA ausging. Der Weltmarktpreis der Rohstoffe, deren Verkauf maßgeblich die lateinamerikanische Wirtschaft bestimmte, sank um bis zu 50 % innerhalb weniger Jahre, auch das Wechselkursverhältnis mit dem Dollar verschlechterte sich dramatisch (vgl. Bulmer-Thomas, 2003). Besonders die Länder, die zu diesem Zeitpunkt eine bedeutende industrielle Basis errichtet hatten (Argentinien, Brasilien, Chile, Kolumbien, Mexiko, Uruguay), litten stark unter den externen Schocks der Weltmärkte und suchten sich von deren Krisenanfälligkeit zu befreien, während die wirtschaftlich weniger entwickelten Länder eher eine Export-Diversifizierung anstrebten. Die Import-Substituierungs-Industrialisierung (ISI) wurde besonders über die Errichtung hoher tarifärer Handelshemmnisse erreicht. Auch eigens geformte Staatsbetriebe (wie etwa Brasiliens Petrobras) sollten die weitere Industrialisierung forcieren. Dies geschah zunächst erfolgreich, jedoch unter hohen Kosten und Ineffizienzen. Ihren theoretischen Ursprung nahm ISI in der These der Verschlechterung der Terms of Trade für Primärgüter aufgrund deren niedrigerer Einkommenselastizität gegenüber Industriegütern (Prebisch-Singer-These). Resultate dieser Wirtschaftspolitik waren eine zunehmende Industriearbeiterschaft und steigende Löhne, da die Kosten hierfür auf den Konsumenten übertragen werden konnten. Ebenso wichtig ist die extensive Arbeitsplatzgesetzgebung, die unter ISI praktiziert wurde. So wurden besonders hohe Anforderungen an Kündigungsgründe gestellt sowie Abfindungszahlungen und Mutterschutzregelungen eingeführt. Freilich profitierten davon



überproportional Arbeiter in strategisch wichtigen oder organisationsstarken Branchen, die „Segmentierung der wohlfahrtsstaatlichen Versorgung konstituiert eine Reflektion der Arbeitsmarktsegmentierung“ (Barrientos, 2004, S. 15). Die Frauenbeschäftigungsquoten lagen in den wirtschaftlich entwickelten Staaten bei ca. 30 %, d.h. Sozialversicherungsansprüche und extensive Arbeitsplatzgarantien (nur bei formaler Beschäftigung) kamen weitgehend den männlichen Alleinverdienern zugute (vgl. Huber, 1996). Trotzdem (oder u.a. deswegen) ist die fundamentale Bedeutung von ISI für die Entwicklung des lateinamerikanischen Wohlfahrtsstaates von herausragender Wichtigkeit. Massive Verschuldung und wirtschaftliche Probleme machten jedoch ab den 1980er Jahren eine Abkehr von diesem Modell nötig, meist unter Anwendung strikter, monetaristisch inspirierter Finanzadjustierungspolitiken (structural adjustment). Die Folgen der weitreichenden Privatisierungen, Deregulierungen und Budgetkürzungen waren zumeist fallende Löhne, zunehmende Arbeitslosigkeit sowie Armut und Ungleichheit, wie auch in Tabelle 3 zu erkennen ist.

Tabelle 3: Veränderungen bei Arbeitslosigkeit, Ungleichheit und Sozialversicherungsdeckung zwischen 1980 und 1998

Land	Arbeitslosenquote (in Prozent)			Materielle Ungleichheit (Gini)			Deckungsgrad Sozialversicherungen (in %)	
	1980	1985	1998	1980er	1990er	1980	1990	1998
Argentinien	2,3	6,1	12,9	/	/	69,1	24,9	20,2
Bolivien	4,5	5,7	4,4	/	/	/	/	/
Brasilien	2,8	5,3	7,6	57,6	60,9	87	38,7	34,5
Chile	10,4	17	6,4	55,5	56,4	61,7	59	51
Kolumbien	/	13,8	15,2	48,3	49,2	22,4	25,7	35,5
Costa Rica	5,9	7,2	5,4	46,2	46,8	68,3	51,7	50,3
Ecuador	/	10,4	8,5	/	/	25,9	17,8	16,2
El Salvador	12,9	10	7,6	/	/	/	/	/
Honduras	/	11,7	5,8	59,9	55,5	/	/	/
Mexiko	/	4,4	3,2	44,9	47,6	42	12,7	8,2
Panama	/	15,7	15,5	52,1	57,4	/	/	/
Paraguay	4,1	5,1	13,9	/	/	/	/	/
Peru	/	10,1	8,2	42,7	44,8	37,4	22,1	14,3
Dom. Rep.	/	/	14,3	46,8	49	/	/	/
Uruguay	/	13,1	10,2	/	/	81,2	63,6	57,9
Venezuela	5,9	14,3	11,3	46	46,3	49,8	9,2	8,6

Quelle: Barrientos, 2004

Die wirtschaftliche Erholung der 1990er Jahre konnte den Negativtrend zwar stoppen, jedoch nicht umkehren (vgl. Barrientos, 2004). In der Folge wuchs der informale Sektor dramatisch an, dem wir uns als drittem (hier hervorgehobenem) Charakteristikum lateinamerikanischer Wohlfahrtsproduktion zuwenden. Informalität definiert sich als „Erwerbsbetätigung, die außerhalb der Reichweite von Arbeitsschutz- und sozialer Sicherungsgesetzgebung und anderen Formen staatlicher Regulierung stattfindet in einem sozialen Umfeld, in dem ähnliche Aktivitäten reguliert werden“ (Huber, 1996, S. 155). Sie findet also abseits des formalen Arbeitsmarktes statt und stellt ein ebenso simples wie komplexes Phänomen dar: „trivial in seinen täglichen Manifestationen und fähig, ökonomische und politische nationale Ordnungen zu untergraben“ (Portes/ Haller, 2005, S. 403). Zum informellen Sektor, der 2001-2004 in Lateinamerika durchschnittlich 47% der urbanen ökonomisch aktiven Bevölkerung umfasste, gehören Selbstbeschäftigte (self-employed), Bedienstete (domestic servants), Beschäftigte in halblegalen Mikrounternehmen und landwirtschaftlich Beschäftigte. Die große Mehrheit all dieser Menschen hat keine Sozialversicherungsansprüche, da sie keinen Arbeitgeber haben und allein die kompletten Beiträge nicht aufbringen können bzw. wollen oder der Arbeitgeber ihnen keine formale, vertraglich geregelte Beschäftigung zubilligt (vgl. Mesa-Lago, 2008). Dies bedeutet nach Lesart der meisten Studien soziale Exklusion, multiple Verwundbarkeit und meist Armut.

Besonders die hohe Regulierung formaler Beschäftigung, oft beschrieben als „obsolet und nicht kompatibel mit den Dynamiken heutiger Märkte“ (Birdsall/ de la Torre/ Menezes, 2008, S. 96) scheint für viele Klein- und Familienunternehmen eine zu hohe Hürde, um die Informalität zu verlassen: „In Lateinamerika gibt es hierfür 2,6mal so viele Regulierungen wie in den OECD Ländern“ (Tokman, 2007, S. 94). Bei Messungen der Arbeitsmarktrigidität (index of labor market rigidity) und der Leichtigkeit der Geschäftsgründung (ease of doing business) erzielt Lateinamerika jeweils deutlich schlechtere Index-Werte als die entwickelten Volkswirtschaften. Gerade mit umfangreicheren und weitreichenderen Regularien steigen somit die Möglichkeiten, diese zu umgehen, obgleich die Größe des informellen Sektors auch zwischen Ländern mit vergleichbaren Regularien deutlich variiert

Daher ist der Exklusion eine zweite Lesart hinzuzufügen: der selbstgewählte Ausstieg (exit). Akteure betreiben „implizite Kosten-Nutzen-Analysen über den möglichen Übergang in die formale Beschäftigung und entscheiden sich häufig dagegen“ (Perry/ Maloney/ Arias, 2007, S. 2). Sie nutzen informelle Sicherungsnetzwerke, um die fehlenden Sozialversicherungsansprüche zu kompensieren, hiernach überwiegend freiwillig. Die beiden Lesarten verhalten sich komplementär zueinander, ohne jedoch Trennschärfe zu suggerieren. Infolgedessen müssten mögliche positive und negative Effekte am jeweiligen Beispiel diskutiert werden. Aufmerksamkeit muss dabei den

informellen Arrangements zukommen, die den Personen im informellen Sektor ein individuelles Risikomanagement ermöglichen. Wood (2004) zufolge sind diese Beziehungen in Familie und *community* hierarchisch und asymmetrisch. Entstehende Bindungen unter den sich gegenseitig „Versichernden“ können äußerst resistent sein; statt sozialer Exklusion sei besonders eine problematische Inklusion in jene sozialen Bindungen von Bedeutung. Aus ihr ergebe sich eine *abhängige* soziale Sicherheit, die Möglichkeiten für autonome soziale Sicherheit erschwere (vgl. Wood, 2004). Zu diskutieren bleibt, ob dies mit dem südeuropäischen Familismus zu vergleichen ist.

Auch das Phänomen der *embeddedness* (Eingebettet-Sein) verknüpft (in diesem Zusammenhang) den informellen Sektor mit sozialen Verbindungen der Akteure: Vertrauen in den informellen Tauschbeziehungen wird demnach generiert „durch gemeinsame Identitäten und die Erwartung, dass betrügerische Aktionen betraft werden mit Exklusion aus vitalen sozialen Netzwerken und zukünftigen Tauschbeziehungen“ (Portes/ Haller, 2005, S. 407). Staatliche Versuche, die Regulation zu vertiefen, können demnach sogar latente Solidaritätsquellen in der Bevölkerung aktivieren. Informalität muss zusammenfassend als wichtiges Charakteristikum lateinamerikanischer Wohlfahrtsproduktion gewertet werden. Fassen wir nun deren wichtigste nationale Entwicklungspfade ins Auge.

### 3.1 Ausgewählte Entwicklungspfade lateinamerikanischer Wohlfahrtsstaaten

Wie die bisherigen Ausführungen gezeigt haben, lassen sich die lateinamerikanischen Staaten grob danach einteilen, welchen wohlfahrtsstaatlichen Aufwand sie leisten. Unterschieden werden kann zwischen entwickelten, intermediären und eher residualen Wohlfahrtsstaaten. Dennoch bestehen auch innerhalb der Gruppen wesentliche Differenzen. Im Folgenden sollen die einzelnen Entwicklungspfade und die wesentlichen Triebkräfte hervorgehoben werden, insbesondere in Hinblick auf ökonomische Entwicklung, Handelsoffenheit, Vorhandensein von Demokratie und Klassenallianzen bzw. politische Konstellationen erfolgen - ebenfalls überblicksmäßig

Wie einführend dargestellt wurde, etablierte erstmals die Sozialpolitik des uruguayischen Präsidenten Batlle y Ordonez (1903-1907, 1911-1915) Ansprüche einiger Berufsgruppen auf wohlfahrtsstaatliche Leistungen, besonders auf Renten und Gesundheitsvorsorge. Zu Beginn erreichte die auf weitere gesellschaftliche Gruppen erweiterte soziale Sicherung ein Kostenvolumen von knapp 15% des BIP und somit fast westeuropäisches Niveau (vgl. Mesa-Lago, 1989). Uruguay wurde zum Prototyp lateinamerikanischer Wohlfahrtsstaatlichkeit, die allerdings „nicht erkämpft, sondern von oben erlassen“ (Faust/ Muno/ Lauth, 2004, S. 199) wurde. Im Unterschied zu anderen Pionierstaaten sollten die Leistungen als Bestandteil des „nation building“ soziale Konflikte und

gewerkschaftlich organisierte Arbeitskämpfe antizipieren, wohl auch vor dem Hintergrund des Bürgerkriegs zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Zwar blieb die Expansion der wohlfahrtsstaatlichen Politik auch weiterhin von progressiven Eliten gesteuert, doch in den 1940er Jahren wurden die Arbeitervertretungen unter dem ISI-Wirtschaftsmodell wesentlich einflussreicher. Infolgedessen kam es sogar zur Einrichtung von Arbeitsunfallkompensation und Arbeitslosenversicherungen (gegenwärtig erfolgen für ca. 6 Monate Zahlungen, abhängig von vorheriger Beschäftigungsdauer und Höhe der Beitragszahlungen) (vgl. Segura-Ubiergo, 2007). Die Finanzierung der Beiträge erfolgte nicht paritätisch, vielmehr beliefen sich die Beiträge beispielsweise von Arbeitern und Angestellten in Industrie und Handel 1969 auf 19,5 bis 24,5 % der Einkommen, während Arbeitgeber 35,5 bis 39,5 % der gezahlten Löhne beizutragen hatten (vgl. Faust/ Muno/ Lauth, 2004). Die 1973 erfolgte Machtübernahme der Militärs und die Errichtung eines autoritären Regimes änderten wenig an der interventionistischen Wirtschaftspolitik, anders als etwa in Chile kam es nicht zu herben sozialpolitischen Einschnitten. Daher blieb auch nach der Rückkehr zur Demokratie 1985 der Charakter des konservativen Wohlfahrtsstaates mit seiner Akzentuierung des Bismarckschen Beitragsmodells und der hohen Stratifizierung erhalten. Erst erhebliche Finanzierungsprobleme führten zu einer „äußerst gemäßigten Rentenreform“ (Faust/ Muno/ Lauth, 2004, S. 200) mit der Einführung privater Kapitaldeckungsverfahren.

Im Gegensatz zu den Entwicklungen in Uruguay ist der chilenische Wohlfahrtsstaat weniger ein Projekt progressiver Eliten, sondern Ergebnis parlamentarischer Auseinandersetzungen und gewerkschaftlicher Agitation. Zwar wurden Programme für nahezu alle sozialen Risiken eingeführt, jedoch in einem äußerst fragmentierten System. Die Fragmentierung resultierte aus „klientelistischen Verbindungen zwischen verschiedenen Angestellten-Gruppen und politischen Parteien oder individuellen Politikern“ (Huber, 1996, S. 148). Die weitgehende Expansion auf bis zu 70 % der Bevölkerung verursachte Kosten in Höhe von bis zu 17 % des BIP im Jahr 1971 (vgl. Mesa-Lago, 1989). Diese Zahl verringerte sich unter der brutalen Militärregierung unter Pinochet auf 11 % (1980). Unter anderem die komplette Privatisierung der Altersvorsorge 1981 sowie viele weitere massive Einschnitte im sozialpolitischen Bereich machen Chile zu einem Sonderfall, da hier von einer Pfadänderung bzw. einem „regime shift“ ausgegangen werden kann. Zwar wurden die staatlichen Leistungen nach der Rückkehr zur Demokratie 1990 in ihren Volumina deutlich erhöht, der neue Charakter des chilenischen Wohlfahrtsstaates blieb allerdings erhalten. Vielfach wird er daher als Vorbild für die anderen Länder der Region diskutiert.

Argentinien gehörte zu Beginn des 20. Jahrhunderts zu den reichsten Ländern der Welt, verfügte über eine breite industrielle Basis und verfolgte bis in die 1930er Jahre ein export-orientiertes Wachstum. Die eigentliche Konsolidierung der ersten fragmentierten sozialpolitischen Programme

zu einem vergleichsweise großzügigen Wohlfahrtsstaat fiel allerdings mit der semi-autoritären Präsidentschaft Peróns (1946-1955) zusammen. Die herrschende Ideologie des „justicialismo“ wollte die besten Elemente aus Kapitalismus und Kommunismus zusammenführen, die Stärkung der Gewerkschaften ging einher mit der rigiden Kontrolle durch den Staatsapparat (vgl. Segura-Ubiergo, 2007/ Huber, 1996). Folglich können auch „eine Reihe zentraler Verbesserungen für die Arbeiterschaft [...], unter anderem eine Kranken- und Rentenversicherungen, allgemeine Lohnerhöhungen, Wohnungsbauprogramme und vielfältige Arbeitsgesetze, die Arbeitszeiten, Urlaub und Weihnachtsgeld“ als Machterhaltungsinstrumente interpretiert werden; „der konservative Wohlfahrtsstaat verband sich mit einem hohen Grad an Korporatismus“ (Faust/ Munoz/ Lauth, 2004, S. 204). Zwar nahm die gewerkschaftliche Stärke unter den nachfolgenden Regierungen ab, doch selbst die ausgesprochen brutale Militärregierung von 1976 bis 1983 blieb programmatisch inkohärent im Vergleich zu Chile. Fundamentale Reformen fanden erst unter der (demokratisch gewählten, zur peronistischen Partei gehörenden) Regierung Menems (1989-1999) statt. Die Bismarckschen Sozialversicherungssysteme wurden zugunsten allgemeiner Armenunterstützung geschwächt (social assistance) und private Kapitaldeckungselemente in die Rentensysteme eingeführt, die bis dahin 80 % aller Sozialausgaben ausmachten (vgl. Faust/ Munoz/ Lauth, 2004).

In Brasilien war das Niveau der wirtschaftlichen Entwicklung wesentlich niedriger als in Uruguay, Chile und Argentinien, als zu Beginn der 1920er Jahre erste soziale Sicherungsnetze etabliert wurden. Statt gewerkschaftlicher Agitation wird die „Expansion administrativer Kapazitäten des Staates zum Zwecke der Regulierung sozialer Konflikte und der Stabilisierung des politischen Systems“ (Segura-Ubiergo, 2007, S. 62) als Hauptgrund für die Einrichtung wohlfahrtsstaatlicher Politiken gesehen. Eine korporatistische Strategie verfolgte insbesondere die Präsidentschaft Vargas‘ (1930-1945), die die Sozialversicherungen auf alle organisierten Sektoren der urbanen Arbeiterschaft ausdehnte (vgl. Huber, 1996). Bis in die 1970er Jahre wurde auch Brasiliens Wirtschaft protektioniert, der Wert von Importen und Exporten fiel, in Verhältnis zum BIP, von 39 % (1928) auf ca. 15 % (1960). Das Fehlen einer gut organisierten „linken“ Partei wird als Grund für die nicht erfolgte Universalisierung der sozialstaatlichen Leistungen angesehen, vielmehr blieb es bei Klientelismus und Fragmentierung (vgl. Segura-Ubiergo, 2007/ Huber, 1996). Zwar änderte die Militärregierung (1964-1985) die Administration der Sozialversicherung und schwächte Arbeiterorganisationen, veränderte jedoch nicht den wohlfahrtsstaatlichen Charakter. Ende der 1970er Jahre waren bis zu 80 % der urbanen ökonomisch aktiven Bevölkerung und theoretisch die gesamte ländliche ökonomisch aktive Bevölkerung berechtigt zum Empfang sozialer Sicherungsleistungen, tatsächlich waren diese aber wie auch die medizinische Versorgung äußerst

gering (vgl. Huber, 1996). Die weitere Entwicklung brasilianischer Sozialpolitik ist von der Expansion direkter Unterstützungszahlungen (social assistance) gekennzeichnet. Zu hoher Popularität kam dabei das Programm „bolsa familia“, das mit Kosten von 0,5 % des brasilianischen BIP das umfangreichste seiner Art in der Welt ist. Die Zahlung von ca. 10 US-Dollar monatlich ist an die Bedingung geknüpft, dass Kinder des Haushalts geimpft werden und die Schule besuchen. Über 35 Millionen Personen profitieren von diesen konditionalen Transfers (conditional cash transfers). Das mexikanische Programm „oportunidades“ ist das zweitumfangreichste dieser Art in Lateinamerika mit ca. 5 Millionen Empfängern. Insgesamt werden den direkten, konditionalen Transfers hervorragende Resultate bei der Armutsbekämpfung zugeschrieben (vgl. Lindert/Skoufias/ Shapiro, 2006). Wir werden später darauf zurückkommen. Angesichts horrender Armutsraten und extremer sozialer Ungleichheit bleibt für Brasilien allerdings strittig, inwiefern es als Wohlfahrtsstaat zu bezeichnen ist. Dies kann, wenn überhaupt, nur im lateinamerikanischen Vergleich erfolgen.

Kuba wird bei einem Großteil der zum Thema vorliegenden Literatur häufig außer Acht gelassen. Dies mag politische Gründe haben, kann jedoch auch mit der unzureichenden Datensituation zusammenhängen. Nichtsdestotrotz hatte Kuba bereits Ende der 1950er Jahre eines der am weitesten entwickelten sozialen Sicherungssysteme der Region mit quasi universaler Gesundheitsvorsorge und Rentenzahlungen (vgl. Mesa-Lago, 1989). Die Ursprünge hiervon sind schon vor der kubanischen Revolution von 1959 zu finden. Von 1913 bis 1958 wurden beispielsweise 52 autonome Pensionsfonds geschaffen. Jeder Fonds „deckte eine Versichertengruppe nach Profession oder Handelssektor ab [...], und jeder hatte seine eigene Gesetzgebung, Administration, finanziellen Quellen und Zahlungsniveaus“ (Mesa-Lago, 1989, S. 78). Die Stratifizierung und Fragmentierung ähnelte stark den Systemen anderer Pionierstaaten. Die kubanische Revolution brachte in ihrem Verlauf eine Universalisierung und Standardisierung der Sozialpolitik hervor. Die vormals offene und weitgehend vom Zuckerexport abhängige Wirtschaft wurde wesentlich auf den Außenhandel mit anderen sozialistischen Staaten beschränkt. Nach dem Zusammenbruch der UdSSR wurde die Finanzierung der generösen Sozialsysteme zunehmend schwierig, die universalen Leistungen bei Rente und medizinischer Betreuung stagnierten auf niedrigem Niveau, 1995 etwa betrug die monatliche Mindestrente umgerechnet 3 US-Dollar, auch die Versorgung mit Wohnraum und die medizinische Versorgung der ländlichen Bevölkerung können als prekär bezeichnet werden (vgl. Mesa-Lago, 2000).

Costa Rica gehört nicht zu den Pionierstaaten, es führte soziale Sicherungsnetze erst ca. 20 Jahre nach diesen ein, hat aber dennoch ein ähnlich hohes Entwicklungsniveau wohlfahrtsstaatlicher Leistungen erreicht. ISI war aufgrund des zu kleinen Binnenmarktes keine Option für die Wirtschaft

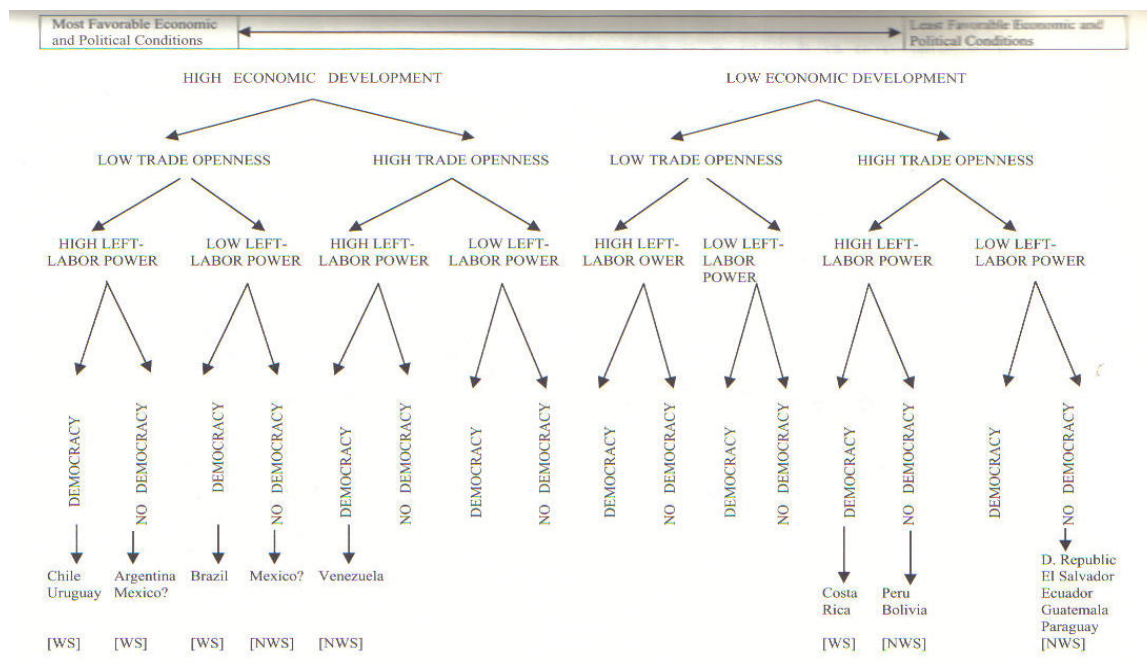
Costa Ricas, selbst nach dem Fallen der Weltmarktpreise für seine primären Exportgüter Bananen und Kaffee. Die ökonomische Gesamtsituation war aufgrund der fehlenden industriellen Basis eher unvorteilhaft (vgl. Segura-Ubiergo, 2007). 1941 wurden erstmals umfassende Rentenprogramme sowie Krankenversicherung und Mutterschutzgesetze etabliert, anders als in den bisher untersuchten Staaten in universalistischer Form, d.h. weit weniger stratifiziert und fragmentiert. Das wesentliche Wachstum Costa Ricas Wohlfahrtsstaats fiel in die Zeit zwischen 1958 und 1970 unter der sozialdemokratischen Regierung PLN (Partido Liberacion Nacional) mit einer anschließenden Versorgung von zwei Dritteln der Bevölkerung mit Gesundheitsvorsorge und medizinischer Betreuung sowie ca. 50 % mit Rentenansprüchen (vgl. Huber, 1996). Die außerordentlich positive Entwicklung Costa Ricas lässt den eingeschlagenen Weg als „sozialdemokratische“ Alternative zur streng marktwirtschaftlich orientierten Sozialpolitik (insbesondere Chile) erscheinen.

Die restlichen Staaten, die einen vergleichsweise geringen wohlfahrtsstaatlichen Aufwand betreiben und daher auch als *non-welfare states* bezeichnet werden, können danach unterteilt werden, ob sie „Vorbedingungen“ für die Entwicklung umfassender sozialer Sicherungssysteme haben, die auf Grundlage der theoretischen Einsichten und genannten Fallbeispiele folgende sein müssten: Demokratie, Arbeiterorganisationen, ökonomische Entwicklung und Industrialisierung. All diese Bedingungen waren in der Dominikanischen Republik, in El Salvador, Ecuador, Guatemala und Paraguay nicht vorhanden. In einer zweiten Gruppe waren diese „Vorbedingungen“ zumindest partiell erfüllt. Diese beinhaltet Bolivien, Mexiko, Venezuela und Peru (vgl. Segura-Ubiergo, 2007). Zwar sind Generalisierungen an dieser Stelle, wie auch bei den anderen Fallbeispielen, mit Vorsicht zu behandeln, allerdings scheint das alleinige Vorhandensein von etwa einflussreichen Arbeiterorganisationen (Peru und Bolivien) nicht hinreichend für die Entwicklung eines Wohlfahrtsstaates wenn die anderen „Vorbedingungen“ nicht gegeben sind. Diese Einsicht macht aber eine jeweils landesspezifische Prüfung der Umstände nicht weniger erforderlich. Venezuela etwa hatte günstige Ausgangsbedingungen mit langen Phasen demokratischer Herrschaft, starken Arbeiterorganisationen und einem vergleichsweise hohen Pro-Kopf-Einkommen. Allerdings machten die hohen Einnahmen aus der Ölförderung offenbar eine nationale Entwicklungs- und Industrialisierungsstrategie abkömmlich und führten zu „schwachen, korrupten und ineffektiven staatlichen Strukturen“ (Segura-Ubiergo, 2007, S. 69). Abbildung 3 fasst die historischen Konfigurationen zusammen.

Führt man die genannten unabhängigen Variablen zusammen, so ergeben sich zwei alternative Pfade zur Entwicklung umfassender sozialer Sicherungsnetze in Lateinamerika: *entweder* in Anwesenheit günstiger ökonomischer Umstände *und zusätzlich* Demokratie (Brasilien), starker „linker“ Organisationen (Argentinien) oder beidem (Chile, Uruguay) *oder aber* in Abwesenheit

günstiger ökonomischer Umstände aber Vorhandensein langer demokratischer Perioden und starker „linker“ Parteien und Organisationen (Costa Rica) (vgl. Segura-Ubierno, 2007). Wie Faust/ Muno/ Lauth (2004 S. 216) zusammenfassen, „fanden sich Hinweise, dass für die Region ein hohes Maß an Pfadabhängigkeit bei der Entwicklung wohlfahrtsstaatlicher Leistungen existiert“. Dies lässt sich etwa an der Beharrungskraft korporatistischer Strukturen und Ausgabenprioritäten für regressive Sozialversicherungen festmachen. Nur im Fall von Chile sei von einem „regimeshift“ bzw. Pfadwechsel auszugehen. Es sei nochmals daran erinnert, dass der kontinentale Vergleich eine erhebliche Komplexitätsreduktion darstellt und die Auflistung von Gemeinsamkeiten mitunter eine erhebliche Verzerrung der jeweiligen nationalen Unterschiede und möglicherweise Vernachlässigung relevanter statistischer Zusammenhänge bedeutet.

Abbildung 3: Entwicklungspfade lateinamerikanischer Wohlfahrtsstaaten im Überblick



Quelle: Segura-Ubierno, 2007

### 3.2 Lateinamerika – ein Wohlfahrtsregime?

Wir haben in diesem Abschnitt die hauptsächlichen Strukturen, Bedingungen und Entwicklungswege lateinamerikanischer Wohlfahrtsproduktion offengelegt. Davon ausgehend können sowohl Unterschiede als auch Gemeinsamkeiten zwischen den Staaten betont werden. So ist es wenig verwunderlich, dass in der Fachliteratur unterschiedliche „Wohlfahrtsdiagnosen“ für Lateinamerika zu finden sind. Barrientos zufolge zeigt die „allgemeine Artikulation von Staat,



Markt und Haushalt beachtliche Gemeinsamkeit in Lateinamerika“ (Barrientos, 2004, S. 122). Er hebt den allgemeinen Wandel von einem konservativ-informellen zu einem liberal-informellen Wohlfahrtsregime hervor, wobei der Wandel wesentlich durch die neoliberalen Strukturreformen der 1980er Jahre hervorgerufen wurde. Als Parallelen zum konservativen Wohlfahrtsregime gelten dem Autor die Sozialversicherungsneigung und deren stratifizierende Wirkung sowie der extensive Arbeitsschutz für die meist männlichen Alleinverdiener. Die kulturelle Nähe zu Südeuropa sollte aber aufgrund „der minimalen Präsenz und teilweisen Absenz des lateinamerikanischen Wohlfahrtsstaates“ (Barrientos, 2004, S. 139) nicht überzeichnet werden. Residualismus als liberales Element war also immer auch Teilelement lateinamerikanischer Wohlfahrtsproduktion. Schließlich kann Barrientos zufolge durch den Anspruch universaler Bildung und grundsätzlicher Krankenversorgung auch ein sozialdemokratisch-universalistisches Element ausgemacht werden, allerdings blieb es in den meisten Ländern nur beim Anspruch. Die Krise der 1980er und die anschließenden Reformen führten allgemein zu einer erheblichen Liberalisierung, Deregulierung und Flexibilisierung. Daher könne von einem „welfare regime shift“ für den gesamten Kontinent ausgegangen werden (vgl. Barrientos, 2004). Die Einführung privater Kapitaldeckungsverfahren bei den Sozialversicherungen, die zunehmende Konzentration des Wohlfahrtsstaates auf Bedürftige (social assistance) sowie die Zunahme prekärer Beschäftigung sind nur einige der wesentlichen Elemente des Wandels. Diese Veränderungen werden auch von Draibe/ Riesco (2004) thematisiert. Ihnen zufolge wurden in Lateinamerika seit den 1980ern wirtschaftspolitische „one-size-fits-all-Ansätze“ gewählt, die auf der Optimierung einiger abstrakter Kennziffern basierten. Da aber derlei Leitbilder ebenso Konjunkturphasen folgten und nun auch die Schwächen des neoliberalen Ansatzes deutlich erkennbar seien, sehen sie ein neues Entwicklungsmodell für die Region als notwendig an, welches wesentlich durch Kernelemente von ISI und dem forcierten Ausbau wohlfahrtsstaatlicher Institutionen geprägt sein könnte (vgl. Draibe/ Riesco, 2004).

Wenngleich der marktorientierte Trend in Lateinamerika für die letzten 20 Jahre nicht zu bestreiten ist, so haben doch die früheren Aussagen in diesem Kapitel bedeutende nationale Unterschiede offengelegt. Nicht in allen Ländern wurden die Strukturreformen so entschieden durchgeführt wurden wie in Chile. Auch die höchst unterschiedlichen Ausgangsbedingungen legen nahe, dass nicht ohne weiteres von einem einheitlichen Regimetyp ausgegangen werden kann. Zwar identifiziert auch Huber für die Pionierstaaten eine Nähe zum konservativ (-korporatistischen) Wohlfahrtsregimetypus mit der „Basis des Sozialversicherungsprinzips, nicht Bürgerschaftsrechten“ (Huber, 1996, S. 159), allerdings sei der chilenische Weg nicht alternativlos, wie der „embryonische sozialdemokratische Wohlfahrtsstaat“ Costa Rica aufgrund seiner vergleichsweise universalistisch ausgerichteten Sozialpolitik zeigt. Im Hinblick auf die moderaten

Reformen in Uruguay, Argentinien und Brasilien ist eine „Konvergenz der wohlfahrtsstaatlichen Entwicklungen nur begrenzt zu beobachten“ (Faust/ Muno/ Lauth, 2004, S. 217). Hier wurde trotz repressiver Militärdiktaturen nur unwesentlich die Substanz der konservativen Wohlfahrtslogik verändert. Die Einführung liberaler Elemente, etwa bei der Altersvorsorge, geschah häufig parallel zu den bestehenden Systemen. Das hohe Maß an Pfadabhängigkeit stellt somit ein Gegenargument zum allgemeinen „regime shift“ dar. Demnach sollte auch die Identifikation der Pionierstaaten (vgl. Mesa-Lago, 1989) mit deren Charakteristika noch eine erhebliche Erklärungskraft haben für gegenwärtige Strukturen der Wohlfahrtsproduktion in den lateinamerikanischen Ländern. Während diese in Bezug zu ihrer Wirtschaftsleistung fast kontinentaleuropäische Ausgabenniveaus für Sozialpolitik erreichten, so stellen andere Staaten nur äußerst geringe finanzielle Ressourcen hierfür bereit und werden an anderer Stelle darum nicht-existent Wohlfahrtsstaaten genannt (non-welfare states, vgl. Segura-Ubiergo, 2007). Wenn der Wohlfahrtsstaat eine so unterschiedliche Ausprägung im kontinentalen Vergleich erfahren hat, kann kaum von einem einheitlichen Regimetyp ausgegangen werden.

Zusammenfassend können sowohl Gemeinsamkeiten als auch Unterschiede lateinamerikanischer Wohlfahrtsproduktion ausgemacht werden. Wir konnten die zentralen Charakteristika Sozialversicherungs-dominanz, Übergang zu marktorientierter Wirtschaftsordnung sowie Informalität unter einer historisch vergleichenden Perspektive herauskristallisieren. Viele Indikatoren weisen jedoch auf jeweils sehr distinkte nationale Pfade der Wohlfahrtsproduktion hin, wie u.a. durch die kurzen Fallbeispiele offensichtlich wurde.

#### 4. Exkurs: Wohlfahrtsregime und Geschlechterverhältnisse in Lateinamerika

Aus den vorangehenden Abschnitten dieses Beitrags lässt sich - unter Verweis auf die traditionell niedrigen Frauenbeschäftigungsraten und die kulturelle Nähe zu Südeuropa – eine Dominanz des „starken Ernährermodells“ (vgl. Ostner, 1995) in Lateinamerika vermuten. Zwar wurde auch gezeigt, dass große Differenzen hinsichtlich der Wohlfahrtsarrangements bestehen, jedoch können einige wesentliche Konstanten und Übereinstimmungen in Bezug auf die Geschlechterbeziehungen formuliert werden. Ab der Kolonialzeit und bis in das 20. Jahrhundert bestimmten katholische Normen weitgehend die Rolle der Frauen. Ihnen wurde unbezahlte Versorgungs- und Pflegearbeit innerhalb der Familie zugewiesen. Die feministische Kritik weist darauf hin, dass in der vorkapitalistischen/ vorindustriellen Zeit die Arbeit beider Geschlechter für das Überleben von Familie und Gemeinschaft als wichtig erachtet wurde, während erst die Verbreitung von marktvermittelten Lohnarbeitsverhältnissen (für Männer) die Stigmatisierung der unbezahlten Frauenarbeit mit sich führte (vgl. Rott, 1994). Da zudem staatliche soziale Sicherungsprogramme

weitgehend an formale Beschäftigung gebunden wurden ergab sich für Frauen ein untergeordnetes Bürgerrecht: ihre Ansprüche leiteten sich aus ihrem Status als abhängige Ehefrau, Mutter oder Pflegerin ab. Sie verfügten kaum über sozio-ökonomische Autonomie (vgl. Gimenez, 2005).

Zwar ist die Frauenbeschäftigungsrate in Lateinamerika in den letzten Jahrzehnten deutlich angestiegen und lässt sich formal mit den Raten entwickelter Länder vergleichen, allerdings sind hieraus nicht die geschlechtsspezifischen strukturellen Ungleichheiten ersichtlich, die auf lateinamerikanischen Arbeitsmärkten herrschen. Deutlich mehr Frauen als Männer in Lateinamerika haben prekäre und/ oder informelle Beschäftigungsformen, sie arbeiten „primär in Niedriglohngruppen, in kleineren oder strukturbedingt anfälligen Betrieben“ (Rott, 1994, S. 155). Viele staatlich vermittelte Dienstleistungs-arbeitsplätze für Frauen wurden unter den Wirtschaftsreformen der 1980er Jahre abgebaut. Besonders arme und niedrig qualifizierte Frauen bleiben dem Arbeitsmarkt fern, sie können weder Kinderbetreuung noch Haushaltsunterstützung finanzieren aufgrund ihrer geringen Einkommen. Die hohen Opportunitätskosten lassen daher viele von ihnen in der Armut verharren. Der vermehrte Zugang zu bezahlter Arbeit wird als wesentliche Strategie zur Erlangung voller Bürgerrechte für Frauen dargestellt, d.h. nur über ein eigenes Einkommen und eigene soziale Sicherungsansprüche können sie ein höheres Maß an Autonomie und Entscheidungsfreiheit erreichen (vgl. Gimenez, 2005).

Zwar wurden in Lateinamerika einige Versuche unternommen, häusliche Pflege zu formalisieren, etwa anhand der (überwiegend beitragsunabhängigen) Altersrente für Hausfrauen in Argentinien und Ecuador, doch zeitigten diese Maßnahmen bislang nicht die angestrebte Autonomie der Empfängerinnen, vielmehr wird auch hierbei das traditionelle Rollenmodell verstärkt. Auch bei der Konzeption der Alterssicherungsreformen der 80er Jahre, gekennzeichnet durch vermehrte private Kapitaldeckung, „hatten die politisch Verantwortlichen dennoch kaum ein Augenmerk auf die geschlechtsspezifischen Auswirkungen der neuen Gesetze gelegt“ (Helfrich, 2004, S. 223). Allerdings wurde die oft berechtigte Kritik an den vorherigen Umlageverfahren zum Anlass genommen, neoliberale Reformprojekte zu forcieren, die zur vermeintlich größeren Freiheit der Individuen führen sollten. Da Chile lateinamerikanischer Pionier dieser Entwicklung war, wurden hier die Effekte der Privatisierung sozialer Sicherheit besonders eingehend studiert. Hierbei fällt auf, dass in den 1990er Jahren nur 35 % der Frauen, jedoch 65 % der Männer Beiträge an die privaten Rentenversicherungsgesellschaften (AFPs) entrichteten. Weiterhin wurde 1992 eine Einkommensersatzrate für Frauen von 53-56 % errechnet, während sie für Männer 80-86% betrug (bei einem Zinsniveau von 5 %) (vgl. Helfrich, 2004). Zwar gibt es auch für Männer Benachteiligungen, da sie, anders als Frauen, nur im Falle von Behinderungen Witwenrente erhalten, insgesamt werden aber überproportional viele Frauen Altersarmut erleiden. Die

Umstellung von Umlageverfahren auf private Kapitaldeckung hat also kaum positive geschlechtsspezifische Konsequenzen, wenn nicht gleichzeitig eine erhöhte Erwerbstätigkeit für Frauen ermöglicht wird. Vielmehr muss sogar der „Konservatismus des neuen Rentensystems“ betont werden, da traditionale Muster der Unterordnung weitgehend unberührt blieben. Neben Chile haben Bolivien, Mexiko und El Salvador die komplette Substitution des Umlageverfahrens durch private Rentenfonds vollzogen (vgl. Gimenez, 2005).

In den meisten Ländern der Region existieren beide Formen des Rentensystems, entweder komplementär oder in Konkurrenz zueinander. Zwar gestalten sich individuelle Rentenansprüche je nach nationaler Gesetzgebung, allerdings scheinen bei der Kombination beider Verfahren die Möglichkeiten größer, durch solidarische Komponenten die geschlechtsspezifischen Ungleichheiten zu reduzieren. Aus diesem Grund wird beispielsweise das universalistisch ausgerichtete Rentenmodell Costa Ricas als deutlich mehr förderlich für Geschlechtergleichheit bewertet (vgl. Budowski, 2007). Insgesamt bleibt aber auch für diese Länder entscheidend, inwiefern sie es Frauen ermöglichen, am Arbeitsmarkt zu partizipieren und Eigenvorsorge zu betreiben. Vor allem aufgrund der Benachteiligungen am Arbeitsmarkt ist die allgemeine Benachteiligung der Frauen in Lateinamerika als stärker ausgeprägt einzuschätzen als in Nordamerika und Europa. Hinsichtlich des Zugangs zu Bildung und Gesundheit bestehen weniger geschlechtsspezifische Differenzen (vgl. Hausmann/ Tyson/ Zahidi, 2006).

Frauen in Lateinamerika erhielten ihr Wahlrecht später als die meisten Europäerinnen und Nordamerikanerinnen: zuerst in Ecuador (1929) und zuletzt in Paraguay (1961). Seitdem wurden erhebliche Fortschritte hinsichtlich der politischen Partizipation von Frauen gemacht. So haben Frauen in einigen Ländern zivilgesellschaftliche Engagements gegen die autoritären Militärregierungen getragen wie etwa die „Mütter des Platzes der Mairevolution“ (madres de plaza de mayo) in Argentinien. Auch haben seither elf lateinamerikanische Länder Quotenregelungen für die Besetzung von Parlamentssitzen durch Frauen eingeführt. Immer noch sind aber bedeutsame geschlechtsspezifische Unterschiede hinsichtlich der politischen Teilhabe von Frauen in Lateinamerika festzustellen. Selbst dort, wo Quoten eingeführt wurden, konnten Frauen 2007 durchschnittlich nur 20,5 % der Parlamentssitze einnehmen, in den restlichen Staaten waren es sogar nur 14 %. Gleichzeitig wurden allerdings 24 % aller Ministerposten in Lateinamerika von Frauen besetzt was einer Verdreifachung seit 1990 entspricht. In den Kommunen sind Frauen noch weniger stark vertreten (vgl. IDEA, 2008). Freilich übersetzt sich numerische Repräsentation nicht unmittelbar in entsprechend gestaltete Politikprogramme, da die meisten weiblichen Politiker zunächst parteiloyal sind und nur selten Geschlechterthemen zum Fokus ihrer Arbeit machen (vgl. Htun, 2004). So drückt die bislang geringe Beteiligung von Frauen an relevanten

Entscheidungsprozessen, ob in Spitzenpositionen der Privatwirtschaft oder in der Politik Lateinamerikas, ihre nur moderate gesellschaftliche Anerkennung aus. Zwar wurde weiblich dominierten zivilgesellschaftlichen Organisationen wie den „Müttern des Platzes der Mairevolution“ in Argentinien oder auch den „kommunitären Küchen“ (comedores populares) in Peru eine hohe soziale Integrationskraft zugeschrieben, dennoch überwog generell, Interessen der Familie gegen den Staat zu schützen. Strategische Interessen zur Erreichung einer höheren Geschlechtergleichheit wurden hingegen kaum artikuliert (vgl. Jaquette, 1995).

Analog zur Entwicklung der westlichen Industriestaaten konnte das männliche Bildungsmonopol in Lateinamerika quasi gänzlich gebrochen werden. Während bei primärer und sekundärer Bildung männliche und weibliche Partizipationsraten nur marginal variieren, sind Frauen bei tertiärer Bildung sogar oftmals überrepräsentiert. Offenbar wurden beim Aufbau des Bildungswesens große Fortschritte erzielt, da trotz der gegenwärtig positiven Werte in einigen Ländern die Analphabetenquoten von Frauen noch bei ca. 20% liegen und damit auf Bildungsdefizite bei den älteren Kohorten hinweisen (besonders in sozio-ökonomisch rückständigen Ländern wie Peru, Nicaragua und Honduras). Gleichwohl ist die Wahl der akademischen Disziplinen an den Universitäten in hohem Maß geschlechterselektiv. Zudem existieren markante Unterschiede hinsichtlich der Beteiligung an tertiärer Bildung im nationalen Vergleich trotz ähnlicher Überrepräsentation von Frauen. Während beispielsweise in Argentinien 76 % der Alterskohorte im studierfähigen Alter<sup>1</sup> studieren (bei einem Ratio der weiblichen zur männlichen Rate von 1,41), so sind es in Brasilien nur 27 % (bei einem Ratio der weiblichen zur männlichen Rate von 1,32). Es muss also beachtet werden, welchen Stellenwert tertiäre Bildung allgemein einnimmt.

Insgesamt sollte die durchschnittlich höhere Bildung der Frauen in Lateinamerika langfristig zu vielfältigen gesamtgesellschaftlich relevanten Veränderungen führen – mit deutlichen Auswirkungen auf die Wohlfahrtsstrukturen. Gebildete Frauen haben durchschnittlich einen höheren sozio-ökonomischen Status und verfügen eher über Möglichkeiten, unabhängig von ihrem familiären Status eine eigene Existenzsicherung zu errichten, selbst wenn sich bislang die höhere Bildungsbeteiligung der Frauen nur unzureichend in eine dem gemäße Arbeitsmarktpartizipation übersetzt hat. Bildung muss für diese Anliegen als notwendig aber nicht hinreichend betrachtet werden. Auch der Zusammenhang von Bildung und Fertilität scheint in Lateinamerika besonders stark ausgeprägt: niedrig qualifizierte Frauen haben durchschnittlich eine deutlich höhere zusammengefasste Fruchtbarkeitsziffer (TFR) als gebildete, sie nutzen Kontrazeption weniger und sind seltener in der Lage, eine vollständig selbstbestimmte Familienplanung vorzunehmen. Es ist

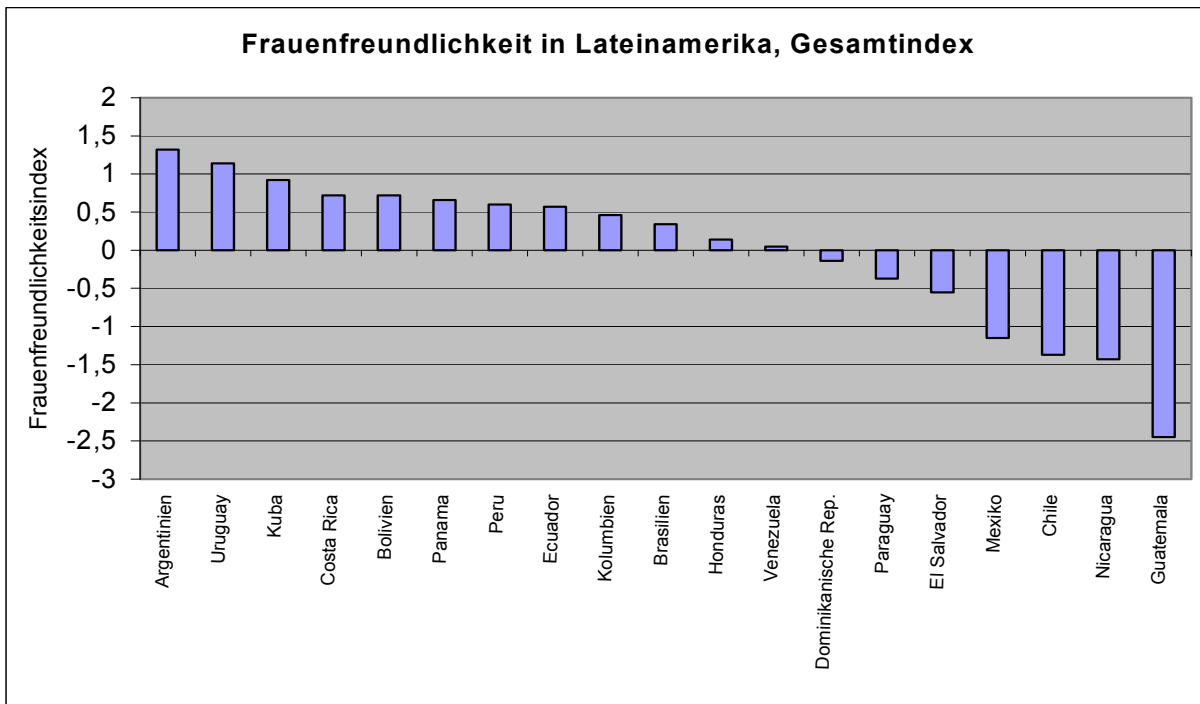
---

<sup>1</sup> Absolute Zahl der Studentinnen in tertiärer Bildung, unabhängig vom Alter, ausgedrückt als Prozentsatz an der gesamten Fünf-Jahre-Altersgruppe nach Abschluss der sekundären Bildung (UNDP Human Development Report 2007/ 2008, S. 337)

anhand dieser Beispiele ersichtlich, dass wenige Ziele hinsichtlich der Entwicklung und Modernisierung lateinamerikanischer Gesellschaften erreicht werden können wenn nicht die Situation der Frauen gesondert betrachtet wird (vgl. Jaquette, 1995). Bildung sollte ihnen die Möglichkeit bieten, zukünftig durch eigene Leistung die Bürgerrechte zu erhalten, die ihnen bislang nur über ihren familiären Status zugewiesen wurden.

Um die Situation der Geschlechterverhältnisse in Lateinamerika anhand von vier Kriterien (Frauenbeschäftigungsquote, durchschnittliches Einkommen, Frauenanteil im Parlament, Anteil an tertiärer Bildung: *jeweils in Prozent der männlichen Rate*) zusammenfassend beurteilen zu können, wurde ein additiver Index anhand der standardisierten Teilindizes gebildet. Hiernach ist, wie in Abbildung 4 ersichtlich, die weibliche Partizipation in Argentinien und Uruguay vergleichsweise hoch ausgeprägt, da der Gesamtwert jeweils mehr als eine Standardabweichung über dem Durchschnitt liegt. Es wird daher vereinfachend von einer höheren Frauenfreundlichkeit ausgegangen. In Mexiko, Chile, Nicaragua und (insbesondere) Guatemala ist die weibliche Partizipation vergleichsweise niedrig ausgeprägt, d.h. die Benachteiligung gegenüber den Männern groß – basierend auf den vier Kriterien. Die Gesamtwerte dieser Länder liegen jeweils bei mehr als einer Standardabweichung unter dem Durchschnitt. Angesichts der dargelegten Unterschiede kann nicht von einem einheitlichen gender regime ausgegangen werden. Auffällig ist, dass die in Abschnitt 2 identifizierten Pionierländer zwar die Spitzenpositionen des Rankings besetzen, jedoch Brasilien nur mittelmäßig und Chile schlecht abschneidet. Folglich kann in Bezug auf Lateinamerika nicht davon ausgegangen werden, dass wohlfahrtsstaatliche Entwicklung zwingend mit einer höheren Gleichheit der Geschlechter einhergeht. Es bestätigt sich, dass die gender regime sich nicht unmittelbar entlang der Konturen der Wohlfahrtsregime manifestieren, obwohl sie mit deren Kernbestandteilen in Verbindung stehen.

Abbildung 4: Index zur Frauenfreundlichkeit in Lateinamerika (basierend auf den standardisierten Teilindizes)



Quelle: UNDP Human Development Report 2007/ 2008

Grundsätzlich muss bei der Gestaltung der Wohlfahrtsarrangements zwischen Staat, Markt und Familie in allen Ländern noch mehr eine geschlechtsspezifische Perspektive eingenommen werden. Der alleinige Ausbau wohlfahrtsstaatlicher Sicherungsmechanismen bringt Frauen noch keine höhere Autonomie – ebenso wenig wie eine unbedarfte Ausweitung der Marktmechanismen. Besonders die Vorenthaltung des Rechts, einer außerhäuslichen Beschäftigung mit angemessener Bezahlung nachzugehen, stellt eine immense Verletzung der Freiheit und Verwirklichungschancen von Frauen dar, wobei dies vielen Fällen „eher untergründig durch die Macht der Konvention und den Konformitätsdruck“ (Sen, 2007, S. 144) geschieht. Aber auch Länder, die arbeitsmarktspezifisch eine höhere Geschlechtergleichheit erreicht haben, weisen bei anderen Kriterien noch deutliche Defizite auf, wie beispielsweise die niedrige politische Partizipation der Frauen in Uruguay beweist. Von einer rundum hohen gesellschaftlichen Anerkennung und Teilhabe der Frauen kann daher in Lateinamerika nicht ausgegangen werden.

## **5. Exkurs: Bildung in Lateinamerika und Wohlfahrtsregime**

Dieser Abschnitt soll näher untersuchen, welchen Stellenwert Bildung auf der wohlfahrtsstaatlichen Agenda in Lateinamerika einnimmt. Dies wird üblicherweise zunächst anhand der Bereitstellung und Verteilung von finanziellen Ressourcen dargestellt. Die durchschnittlichen öffentlichen Ausgaben für Bildung sind in den letzten Dekaden in Lateinamerika enorm gestiegen, sie liegen nun mit durchschnittlich 4,3 % des BIP (2003, gegenüber 2,7 % 1990) zwar niedriger als in den westlichen Industrienationen, jedoch höher als in vielen anderen Entwicklungsländern. Zwar ist das Kompetenzniveau von Schülern in reicheren lateinamerikanischen Ländern höher, jedoch ist der Zusammenhang zwischen Höhe des BIP und Punktwerten in Kompetenz-Vergleichstests nicht sehr stark ausgeprägt (vgl. Vegas/ Petrow, 2008). Offenbar resultierte die Aufstockung der öffentlichen Investitionen in Bildung weniger in Qualitätsverbesserungen, dafür jedoch stärker in Universalisierung des Zugangs, schließlich hat die Region, gemessen an ihrem Einkommen, „eine außerordentlich minderwertige Bildung. Die Mehrheit der Kinder, die die Primarstufe beenden, erreichen nicht zufriedenstellende Grundkenntnisse in Lesen, Schreiben und Rechnen“ (Birdsall/ de la Torre/ Menezes, 2008, S. 123). Die Partizipationsrate an primärer Bildung beträgt in Lateinamerika allerdings 95 % (2005), was gegenüber 1991 eine Zunahme um 9 Prozentpunkte bedeutet. Daher kann primäre Bildung in Lateinamerika als quasi universal bezeichnet werden.

Trotz des klaren Trends zu mehr Bildungsausgaben in Lateinamerika gibt es jedoch bedeutende nationale Unterschiede. Es werden Mittel in Höhe von 1 % des BIP (Ecuador) bis 9,8 % (Kuba) aufgewendet, anteilig an den gesamten Regierungsausgaben werden von 7,9 % (Uruguay) bis 25,6 % (Mexiko) aufgewendet. Aufgrund des volkswirtschaftlich niedrigeren Entwicklungsniveaus übersetzt sich dies in deutlich niedrigere absolute Pro-Kopf-Ausgaben als im OECD-Raum, selbst wenn die Anteilswerte in Prozent eine ähnliche Höhe aufweisen. Bildungspolitik war in Lateinamerika in den letzten Jahrzehnten, ähnlich den Sozialversicherungen und anderen wohlfahrtsstaatlichen Handlungsfeldern, Gegenstand weitreichender Modifikationen. Während seit den 1960er Jahren weitreichende Fortschritte bei der Universalisierung primärer Bildung gemacht wurden und z.B. die Analphabeten-Quoten massiv gesenkt werden konnten, war die kontinentale Krise der 1980er Jahre mit einem deutlich geringeren Engagement in der Bildungspolitik verbunden. So sanken die jährlichen Pro-Kopf-Ausgaben für Bildung pro Student in Lateinamerika von 370 (1980) auf 308 (1988) US-Dollar. In den Ländern des Cono Sur (Chile, Argentinien, Uruguay) fiel die Kürzung dieser Ausgaben mit fast 50 % in diesem Zeitraum am deutlichsten aus. Gleichzeitig wurden Reformen zur Dezentralisierung der Aufsicht und finanziellen Kontrolle über Bildungseinrichtungen vorgenommen. Weiterhin wurde die Ko-Finanzierung durch Kommunen und Eltern stark ausgeweitet (vgl. Barrientos, 2004).

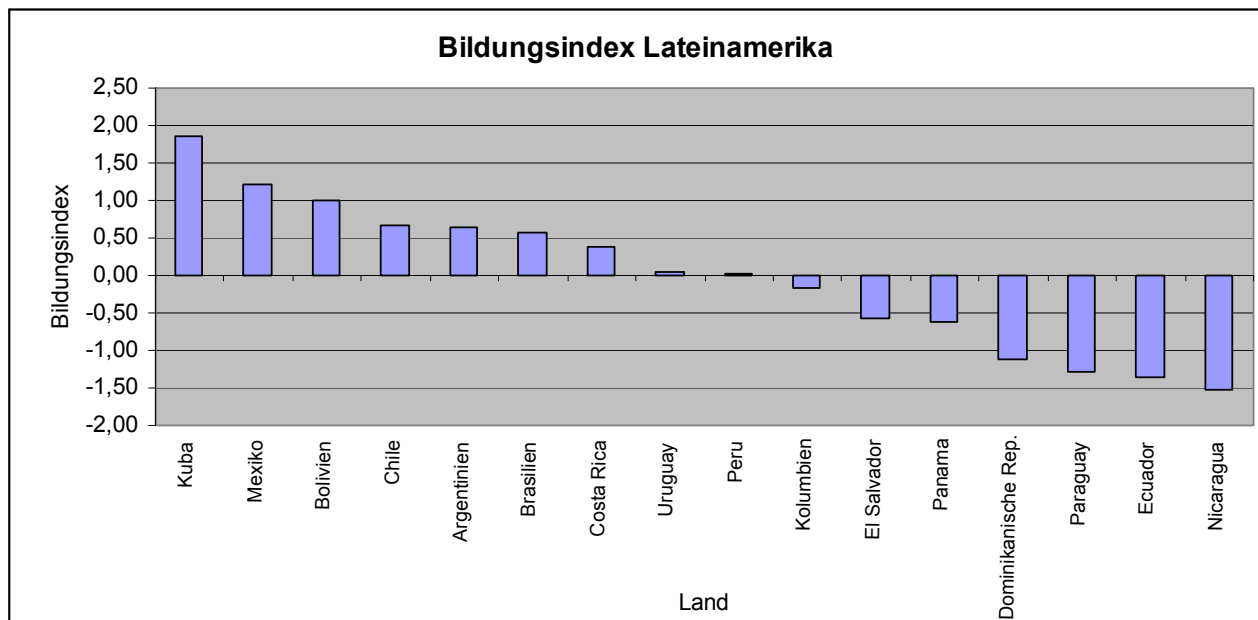


Grundsätzlich hat Demokratie einen positiven und signifikanten Effekt auf Bildungsausgaben. Sowohl anteilig an den gesamten Regierungsausgaben als auch in Bezug auf die Wirtschaftsleistung fließen unter der Bedingung Demokratie mehr öffentliche Mittel in die jeweiligen nationalen Bildungssysteme. Trotz der immer noch bestehenden massiven regionalen Ungleichheiten in punkto Qualität und Zugänglichkeit des Bildungsangebots erreichen Humankapitalausgaben einen größeren Teil der Bevölkerung als beispielsweise Pensionen. Zusammen mit Gesundheitsausgaben sind Bildungsausgaben am ehesten diejenigen Sozialausgaben, von denen untere Einkommensschichten profitieren können (vgl. Segura-Ubierno, 2007). Primäre Bildung gehört zu den wenigen progressiven wohlfahrtsstaatlichen Ausgabenposten in Lateinamerika. Nach Bildungsbereichen unterschieden ist anzumerken, dass anteilmäßig deutlich mehr für primäre Bildung ausgegeben wird als in den westlichen Industrienationen ( $> 40\%$ ), weniger jedoch für tertiäre Bildung. Wie bereits angesprochen, fließen zusätzliche Mittel für Bildung eher selten in Qualitätsverbesserungen des Bildungsangebots. Die Testwerte lateinamerikanischer Schüler liegen in internationalen Vergleichsstudien weit unterhalb der Testwerte europäischer und nordamerikanischer, aber auch vieler ostasiatischer Schüler. Trotz der wesentlich niedrigeren absoluten Bildungsausgaben pro Kopf (ca.  $1/5$  des OECD-Wertes) wären bessere Testergebnisse zu erwarten (vgl. Birdsall/ de la Torre/ Menezes, 2008). Qualitätsorientierte Bildungsreformen sind schwerer zu implementieren als quantitativ orientierte, da sie mit hohen Kosten und überwiegend diffusen, nur langfristig zu identifizierenden Resultaten einhergehen. Zudem ist eher mit Veto-Spielen (z.B. Lehrgewerkschaften) zu rechnen (vgl. Vegas/ Petrow, 2008). Folglich sollte die Ausweitung der Ausgaben für Bildung als notwendig, nicht aber als hinreichend betrachtet werden, um tatsächlich ein höheres Bildungsniveau der Gesamtbevölkerung zu erreichen. Die Erfassung monetärer Quantität ist kein ganzheitlicher Ansatz, um Bildungssysteme zu charakterisieren.

Um die nationalen Bildungssysteme anhand von vier Kriterien (öffentliche Ausgaben für Bildung in Prozent des BIP und in Prozent der gesamten Regierungsausgaben, Partizipation an sekundärer Bildung, Alphabetisierungsrate in Prozent der 15-24-Jährigen) beurteilen zu können wurde ein additiver Index anhand der standardisierten Teilindizes gebildet. Hiernach sind, wie in Abbildung 5 ersichtlich ist, deutliche Unterschiede der lateinamerikanischen Bildungssysteme zu konstatieren. Kuba liegt, besonders wegen seiner hohen prozentualen Ausgaben für Bildung, um fast 2 Standardabweichungseinheiten über dem Durchschnitt. Auch Mexiko und Bolivien erreichen ihre Platzierung besonders durch ihre hohen öffentlichen Ausgaben für Bildung. Die Pionierländer liegen alle über dem Durchschnitt und erreichen die höchsten Alphabetisierungsraten und eine hohe Brutto-Partizipation an sekundärer Bildung. Mehr als eine Standardabweichungseinheit unter dem

Durchschnitt liegen die Dominikanische Republik, Paraguay, Ecuador und Nicaragua. Venezuela, Honduras und Guatemala wurden aufgrund nicht vollständiger Werte nicht in die Index-Wertung aufgenommen, jedoch weisen die vorliegenden Werte für letztere zwei Länder auf deutliche Defizite der nationalen Bildungssysteme hin.

Abbildung 5: Bildungsindex Lateinamerika (basierend auf den standardisierten Teilindizes)



Quellen: UNESCO Institute for Statistics, UNDP Human Development Report 2007/ 2008

Zumindest in Bezug auf die hier verwendeten Kriterien konnten auch zwei, als rudimentär entwickelt klassifizierte Wohlfahrtsstaaten – Mexiko und Bolivien – deutlich überdurchschnittlich abschneiden. Versteht man Bildung als vorsorgende Sozialpolitik, könnte dies eine wichtige Ergänzung für die, in Kapitel 3 getroffene Klassifizierung der beiden Länder sein. Zwar ist die fiskalische Priorisierung von Bildung im Sinne sozialpolitischer Zielkriterien grundsätzlich wünschenswert und notwendig, jedoch sollte dies auch in der Befähigung eines möglichst großen Teils der Bevölkerung resultieren. Die u.a. hochgradige Regressivität von Ausgaben für tertiäre Bildung und die qualitativ minderwertige Ausstattung vieler Bildungseinrichtungen in ländlichen Gebieten mahnen zu dieser Einsicht. Folglich ist, wie alle vorliegenden Studien übereinstimmen, eine Qualitätsoffensive für Bildung in Lateinamerika angezeigt. Das schlechte Abschneiden in internationalen Schüler-Kompetenztests, auch gegenüber Ländern mit ähnlich hoher Wirtschaftsleistung, sollte für alle Länder der Region Handlungsgrund sein. Weiterhin sollte die soziale Selektivität reduziert werden, um insbesondere Armen, Landbewohnern und Indigenen eine höhere gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Derlei tiefgreifende Reformen stoßen üblicherweise auf eine Vielzahl von Hindernissen und Vetomöglichkeiten, wie auch Erfahrungen

aus westlichen Industrienationen zeigen. Zwar kann die Erreichung quasi universal zugänglicher primärer Bildung als deutlicher Fortschritt seit den 1960er Jahren gewertet werden, dennoch bestehen starke Unterschiede hinsichtlich Qualität, Lernergebnissen und Besuch weiterführender Einrichtungen. Trotz der angesprochenen Reformen haben die lateinamerikanischen Bildungssysteme „bestehende Muster von Ungleichheit verfestigt, anstatt sich zu einem kraftvollen Mechanismus für soziale Mobilität und Aufstieg zu entwickeln“ (Barrientos, 2004, S. 151). Für die Mehrheit der jungen Menschen der Region ist der Bildungserfolg unverändert hoch abhängig von Bildungskapital und ökonomischem Kapital des elterlichen Haushalts. Es sind daher wesentliche Vorbedingungen für die Reproduktion von Armutsmustern gegeben. Starke Benachteiligungen erfahren dabei insbesondere 1. Arme, 2. Landbewohner und 3. Indigene (oft vereinnahmte Individuen alle drei Merkmale).

1. Arme: In den meisten Ländern der Region verbringen Individuen aus einem sozio-ökonomisch benachteiligten Haushalt deutlich weniger Zeit in Bildungseinrichtungen als solche aus wohlhabenderen Haushalten. Vergleicht man Schüler aus ärmstem und reichstem Einkommensquintil, so verfügen letztere in allen untersuchten Ländern um über 5 Jahre Schulbesuch *mehr*. In Bolivien und Guatemala liegt die Differenz sogar bei über 7 Jahren. Ärmere Schüler verlassen die Schulen nicht nur eher, sondern haben offenbar auch Zugang zu schlechteren Bildungsinstitutionen. Nur 30% der jungen Lateinamerikaner, deren Eltern die primäre Bildung nicht abgeschlossen haben, können selbst die sekundäre Bildung abschließen (vgl. ECLAC, 2004/ Birdsall/ de la Torre/ Menezes, 2008). Bei tertiärer Bildung sind Studenten aus sozio-ökonomisch benachteiligten Haushalten besonders stark unterrepräsentiert.
2. Landbewohner: Obgleich junge Menschen heute in allen Ländern der Region durchschnittlich deutlich länger die Schule besuchen als ihre Elterngeneration, blieben doch deutliche Unterschiede zwischen urbanen und ländlichen Gegenden erhalten. Während in urbanen Gebieten Lateinamerikas Schüler nun durchschnittlich 10,4 Jahre die Schule besuchen (Elterngeneration: 7,1 Jahre), liegt der Wert für ländliche Gegenden bei nur 6,8 Jahren (Elterngeneration: 3 Jahre) (vgl. ECLAC, 2004). Hierbei sind deutliche nationale Unterschiede zu konstatieren: während in ländlichen Gebieten Chiles die Schule heute durchschnittlich 9,6 Jahre besucht wird, so liegt dieser Wert in Guatemala bei 4,1.
3. Indigene Bevölkerungsgruppen, die, wie am Beispiel Perus dargestellt (Kapitel 4), überdurchschnittlich oft arm sind und überwiegend in ländlichen Gebieten wohnen, weisen auch eine erhebliche Benachteiligung beim Zugang zu Bildung auf. Während 38 % der indigenen Schüler 2002 die Grundschule nicht beenden konnten, waren es nur 11 % der nicht-

indigenen Schüler. Eine ähnliche Benachteiligung erfahren Schüler afrikanischer Abstammung, die besonders in Brasilien eine bedeutende Minderheit der Schülerschaft stellen. Diese Benachteiligung äußert sich nicht nur in einer kürzeren Schullaufbahn, sondern auch in qualitativ minderwertigen Bildungsinstitutionen, zu denen ethnische Minderheiten in Lateinamerika Zugang haben.

Da diese Bevölkerungsgruppen auch im Rahmen unserer vorhergehenden Analysen als sozial benachteiligt ermittelt werden konnten (mit Fokus auf wohlfahrtsstaatliche Transfers und Arbeitsmarktzugang), zeigt sich, dass Qualität von und Zugang zu Bildung in engem Zusammenhang mit sozialer Ungleichheit stehen. Trotz formaler Universalität primärer Bildung werden bestehende soziale Ungleichheitsmuster reproduziert. Insofern hat die „vorsorgende Sozialpolitik Bildung“ einen ähnlichen Effekt wie die wohlfahrtsstaatlichen Mechanismen.

## **6. Zusammenfassung**

Gegenstand dieses Beitrags waren wohlfahrtsstaatliche Strukturen in Lateinamerika. Der Regimetypologie Esping-Andersens folgend wurden dabei die wesentlichen Charakteristika der Artikulation von Staat, Markt und Familie dargestellt. In Bezug auf die gegenwärtige Wohlfahrtsproduktion, aber auch auf die historische Entwicklung, sind bedeutende Unterschiede im lateinamerikanischen Vergleich zu konstatieren. Während einige Länder schon ab ca. 1920 erste staatliche Sicherungssysteme aufbauten, darunter Chile, Argentinien, Uruguay, Kuba und Brasilien, folgten viele andere erst Jahrzehnte später. Oft ist hier der Deckungsgrad der Sozialversicherungen noch heute äußerst niedrig. Im Allgemeinen wurden zunächst Rentensysteme etabliert. Besonders einflussreiche Berufsgruppen wie etwa Militärs und Staatsbedienstete profitierten meist zuerst davon. Ihnen stand oft auch eine wesentlich bessere Gesundheitsversorgung zu als der allgemeinen Bevölkerung. Die starke Segmentation der Sozialleistungen nach Berufsgruppen und die zugehörige Beitragsfinanzierung sind Kennzeichen einer konservativen Wohlfahrtslogik – statt Redistribution war offensichtlich Stuserhalt der privilegierten Gruppen beabsichtigt. Die Arbeitslosenversicherung spielt bis heute keine nennenswerte Rolle in Lateinamerika.

Für die wohlfahrtsstaatliche Expansion wurden die Faktoren ökonomisches Entwicklungsniveau, Stärke von Arbeiterorganisationen und Demokratie als besonders einflussreich ermittelt. Allerdings wurden in den Pionierstaaten besonders zu Zeiten der protektionistischen ISI-Wirtschaftspolitik soziale Sicherungsmechanismen ausgebaut. Die kontinentale ökonomische Krise der 1980er Jahre und die neoliberale Finanzadjustierung brachten massive Veränderungen für die Wohlfahrtsarchitektur jener Länder mit sich. Den wohl radikalsten Wandel erlebte Chile u.a. wegen

der weitgehenden Privatisierung von Renten- und Gesundheitssystemen. Diesem Beispiel folgten viele andere Länder der Region zumindest partiell. Eine liberale Konvergenzbewegung setzte ein, die jedoch nicht völlig die vorherigen Strukturen verändern konnte.

Es lassen sich einige Gemeinsamkeiten der nationalen Wohlfahrtsarchitekturen formulieren. Insbesondere der hohe Anteil von Arbeitern im informellen Sektor (> 40 %) und ihr weitgehender Ausschluss aus den sozialen Sicherungssystemen ist hierbei zu nennen. Weiterhin sind die wohlfahrtsstaatlichen Leistungen meist hochgradig regressiv und werden oft sogar von denjenigen über indirekte Steuern mitfinanziert, die keinerlei Ansprüche erwerben. Darüberhinaus ist auch das Bildungssystem an der Reproduktion sozialer Ungleichheit beteiligt. Als wichtigste soziale Problemgruppen konnten dabei vor allem Arme, Landbewohner und Indigene identifiziert werden. Zwar konnte das männliche Bildungsmonopol gebrochen werden, doch übersetzte sich dies nicht in eine dem gemäßige Arbeitsmarktpartizipation der Frauen, die im Sinne ihrer höheren Autonomie erstrebenswert wäre. Auch hinsichtlich der Geschlechterverhältnisse und der Bildungssysteme konnten jedoch anhand der additiven Indizes bedeutende nationale Unterschiede offengelegt werden. Insgesamt ist von einer nur beschränkten Vergleichbarkeit mit den westlichen Wohlfahrtsstaaten auszugehen. Das lateinamerikanische Ausmaß von Informalität, autokratischer Repression und ökonomischer Krisenanfälligkeit findet in den westlichen Industrienationen der Nachkriegszeit keine Entsprechung. Diese Umstände bewirkten, dass selbst die am weitesten entwickelten lateinamerikanischen Wohlfahrtsstaaten (wie etwa Chile, Uruguay und Costa Rica) in Bezug auf westeuropäische Standards eine nur fragmentarische Absicherung vor sozialen Risiken bieten können. In dieser Hinsicht ist auch die dominante Regimetypologie der Wohlfahrtsforschung von Esping-Andersen (1990) zu modifizieren. Zwar kann nicht pauschal von nur einem Weg der gesellschaftlichen Modernisierung ausgegangen werden, der dem der westlichen Industrienationen ähnelt, jedoch erscheint die Entwicklung einiger Basisinstitutionen bzw. deren Aus- und Umbau als notwendig für die gesellschaftliche Modernisierung. Zu diesen Basisinstitutionen zählen Konkurrenzdemokratie, Marktwirtschaft und auch der Wohlfahrtsstaat (vgl. Zapf, 1994). Besonders für eine nachhaltige Armutsbekämpfung wächst dabei die Bedeutung tragfähiger und effektiver sozialer Sicherungssysteme, auch in Lateinamerika. Wirtschaftswachstum allein hat sich als unzureichend für die Erreichung dieses Ziels erwiesen. Freilich sollen keinesfalls nur die bestehenden wohlfahrtsstaatlichen Leistungen expandiert werden, vielmehr erscheint eine Neugestaltung vieler Sicherungsmechanismen angezeigt.

## Literatur

BARRIENTOS, Armando (2004): „Latin America: towards a liberal-informal welfare regime“ in: GOUGH, Ian et. al. (Hrsg.) (2004): „Insecurity and Welfare Regimes in Asia, Africa and Latin America. Social Policy in Development Contexts“. Cambridge. Cambridge University Press

BIRDSALL, Nancy/ DE LA TORRE, Augusto/ MENEZES, Rachel (2008): „Fair Growth. Economic Policies for Latin America’s Poor and Middle-Income Majority“. Washington. Brookings Institution Press

BULMER-THOMAS, Victor (2003): „The Economic History of Latin America since Independence. Second Edition“. Cambridge. Cambridge University Press

BUDOWSKI, Monica (2007): „Comparison of the Costa Rican and Chilean Model for Old-Age Social Security: Is One More Gender Equitable than the Other?“ Fribourg. Sismo Verlag

DRAIBE, Sonia M./ RIESCO, Manuel (2004): „Latin America. An New Developmental Welfare State Model in the Making ?“. Houndmills. Palgrave  
(Online:[http://www.cep.cl/Cenda/Cen\\_Documentos/Indice\\_AFP\\_Cenda/Reforma\\_Pensiones/Propuesta\\_Cenda\\_2006/Anexos/01Introduction.pdf](http://www.cep.cl/Cenda/Cen_Documentos/Indice_AFP_Cenda/Reforma_Pensiones/Propuesta_Cenda_2006/Anexos/01Introduction.pdf) Zugriff am 10.10.2008)

ESPING-ANDERSEN, Gosta (1990): „The Three Worlds of Welfare Capitalism“. Cambridge. Polity Press

ECLAC (2004): „A decade of social development in Latin America. 1990-1999“. Santiago de Chile. United Nations Publication

FAUST, Jörg/ Lauth, Hans-Joachim/ Muno, Wolfgang (2004): „Demokratisierung und Wohlfahrtsstaat in Lateinamerika: Querschnittsvergleich und Fallstudien“ in: CROISSANT, Aurel/ ERDMANN, Gero/ RÜB, Friedbert W. (Hrsg.) (2004): „Wohlfahrtsstaatliche Politik in jungen Demokratien“. Wiesbaden. VS Verlag für Sozialwissenschaften

GIMENEZ, Daniel M. (2005): „Gender, pensions and social citizenship in Latin America“. Santiago de Chile. United Nations Publication

GRABENDORFF, Wolf (2003): „Lateinamerikas unsichere Zukunft“ in: Aus Politik und Zeitgeschichte B-38-39 2003. Bonn. BPB

HAUSMANN, Ricardo/ Tyson, Laura D./ ZAHIDI, Saadia (2006): „The Global Gender Gap Report 2006“. Cologny/ Geneva. World Economic Forum

(Online: <http://www.weforum.org/pdf/gendergap/report2006.pdf> Zugriff am 8.10.2008)

HELFRICH, Linda (2004): „Geschlechtsspezifische Konsequenzen der Privatisierung sozialer Sicherheit: Das Beispiel der Pensionsreformen in ausgewählten lateinamerikanischen Ländern“ in: CROISSANT, Aurel/ ERDMANN, Gero/ RÜB, Friedbert W. (Hrsg.) (2004): „Wohlfahrtsstaatliche Politik in jungen Demokratien“. Wiesbaden. VS Verlag für Sozialwissenschaften

HTUN, Mala (2004): „Lessons from Gender Quotas“. in: BUVINIC, Mayra/ MAZZA, Jaqueline/ DEUTSCH, Ruthanne (Hrsg.) (2004): „Social Inclusion and Economic Development in Latin America“. Washington. Inter-American Development Bank

HUBER, Evelyne (1996): „Options for Social Policy in Latin America. Neoliberal versus Social Democratic Models“ in: ESPING-ANDERSEN, Gosta (Hrsg.) (1996): „Welfare States in Transition. National Adaptions in Global Economies“. London. Sage Publications

HUBER, Evelyne/ STEPHENS, John D. (2003): „Globalization and Social Policy“. Washington (Online: [http://law.wustl.edu/Centeris/Papers/globalization/huber\\_stephens\\_global.pdf](http://law.wustl.edu/Centeris/Papers/globalization/huber_stephens_global.pdf) Zugriff am 1.10.2008)

HUBER, Evelyne/ STEPHENS, John D. (2005): „Welfare States and the Economy“ in: SMELSER, Neil J./ SWEDBERG, Richard (2005): „The Handbook of Economic Sociology“ University Press of California

IDEA (2008): „30 Years of Democracy: Riding the Wave? Womens Political Participation in Latin America“. Stockholm

(Online: [http://www.idea.int/publications/30\\_years\\_of\\_democracy/upload/IDEA-30-a%C3%B1os-de-democracia.pdf](http://www.idea.int/publications/30_years_of_democracy/upload/IDEA-30-a%C3%B1os-de-democracia.pdf) Zugriff am 15.1.2009)

JAQUETTE, Jane S. (1995): „Rewriting the Scripts: Gender in the Comparative Study of Latin American Politics“ in: SMITH, Peter H. (Hrsg.) (1995): „Latin America in Comparative Perspective. New Approaches to Methods and Analysis“. Boulder. Westview Press

LINDERT, Kathy/ SKOUFIAS, Emmanuel/ SHAPIRO, Joseph (2006): „Redistributing Income to the Poor and the Rich: Public Transfers in Latin America and the Caribbean“. Washington. World Bank Social Safety Nets Primer Series

(Online: <http://siteresources.worldbank.org/SOCIALPROTECTION/Resources/SP-Discussion-papers/Safety-Nets-DP/0605.pdf> Zugriff am 25.8.2008)

MESA-LAGO, Carmelo (1989): „Ascent to Bankruptcy. Financing Social Security in Latin America“. Pittsburgh. University of Pittsburgh Press

MESA-LAGO, Carmelo (2000): „Market, Socialist, and Mixed Economies. Comparative Policy and Performance. Chile, Cuba and Costa Rica“. Baltimore. John Hopkins University Press

MESA-LAGO, Carmelo (2008): „Social Insurance (Pensions and Health), Labour Markets and Coverage in Latin America“. Geneva. UNRISD Social Policy and Development Programme Paper Number 36 August 2008

(Online: <http://se1.isn.ch/serviceengine/FileContent?serviceID=47&fileid=081B40A2-5C77-5312-859D-8AD13608F69D&lng=en> Zugriff am 15.1.2009)

OSTNER, Ilona (1995): „Arm ohne Ehemann? Sozialpolitische Regulierung von Lebenschancen für Frauen im internationalen Vergleich“ in: Aus Politik und Zeitgeschichte B36-37 1995. Bonn. BPB

PERRY, Guillermo/ Maloney, William F./ Arias, Omar F. (2007): “Informality: Exit and Exclusion”. Washington. World Bank Publications

(Online: <http://siteresources.worldbank.org/INTLAC/Resources/CH0.pdf> Zugriff am 20.11. 2008)

PORTES, Alejandro/ HALLER, William (2005): „The Informal Economy“. in: SMELSER, Neil J./ SWEDBERG, Richard (2005): „The Handbook of Economic Sociology“ University Press of California



REHRMANN, Norbert (2005): „Lateinamerikanische Geschichte. Kultur, Politik, Wirtschaft im Überblick“. Hamburg. Rowohlt

ROTT, Renate (1994): „Zur Stellung der Fareuen: Eine fesselnde Tradition?“ in: JUNKER, Detlef/ NOHLEN, Dieter/ SANGMEISTER, Hartmut (1994): „Lateinamerika am Ende des 20. Jahrhunderts“. München. Beck

SEGURA-UBIERGO, Alex (2007): „The Political Economy of the Welfare State in Latin America. Globalization, Democracy, and Development“. Cambridge. Cambridge University Press

SEN, Amartya (2007): „Ökonomie für den Menschen. Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft“. 4.Aufl. München. DTV

TOKMAN, Victor E. (2007): „The informal economy, insecurity and social cohesion in Latin America“ in: International Labour Review, Vol. 146 (2007), No. 1-2. Geneva. ILO

UNDP (2007/2008): „UNDP Human Development Report“. Houndmills. Palgrave Macmillan  
(Online: [http://hdr.undp.org/en/media/HDR\\_20072008\\_EN\\_Complete.pdf](http://hdr.undp.org/en/media/HDR_20072008_EN_Complete.pdf) Zugriff am 23.1. 2009)

VEGAS, Emiliana/ Petrow, Jenny (2008): „Raising Student Learning in Latin America. The Challenge for the 21<sup>st</sup> Century“. Washington. World Bank  
(Online:[http://siteresources.worldbank.org/INTLAC/Resources/Raising\\_Student\\_Learning\\_in\\_LAC\\_Document.pdf](http://siteresources.worldbank.org/INTLAC/Resources/Raising_Student_Learning_in_LAC_Document.pdf) Zugriff am 23.1.2009)

WOOD, Geof (2004): „Informal security regimes: the strength of relationships“ in: GOUGH, Ian et. al. (Hrsg.) (2004): „Insecurity and Welfare Regimes in Asia, Africa and Latin America. Social Policy in Development Contexts“. Cambridge. Cambridge University Press

ZAPF, Wolfgang (1994): „Modernisierung, Wohlfahrtsentwicklung und Transformation: Soziologische Aufsätze 1987 bis 1994“. Berlin. Edition sigma

## Anhang

### Indikatoren zu Teilhabe am Arbeitsmarkt und durchschnittlichem Einkommen

Land (HDI, GDI)	Frauenbeschäftigungsrate* (15 Jahre und älter) 2005		Durchschn. jährliches Einkommen* (US-Dollar, in KKP) 2005		Beschäftigte im Arbeitsmarktsegment nie- driger Produktivität** 2000	
	Rate (%)	(%) der männl. Rate	Frauen (%)	Männer (%)	Frauen (%)	Männer (%)
Argentinien (38,36)	53,3	70	10.063	18.686	44,1	40,8
Chile (40,40)	36,6	52	6.871	17.293	39,8	27,9
Uruguay (46,45)	56,4	72	7.203	12.890	48,2	38,3
Costa Rica (48,47)	44,9	56	6.983	13.271	41,7	37,4
Kuba (51,49)	43,9	59	4.268	9.489	/	/
Mexiko (52,51)	40,2	50	6.039	15.680	45,7	40,7
Panama (62,55)	50,8	64	5.537	9.636	/	/
Brasilien (70, 60)	56,7	71	6.204	10.664	/	/
Venezuela (74,68)	57,4	69	4.560	8.683	/	/
Kolumbien (75,66)	61,3	76	5.680	8.966	/	/
Dominikanische Republik (79,74)	46,4	57	4.907	11.465	/	/
Peru (87,76)	59,1	72	4.269	7.791	71,5	56,5
Ecuador (89)	60	73	3.102	5.572	/	/
Paraguay (95)	65,1	77	2.358	6.892	/	/
El Salvador (103,92)	47,3	62	3.043	7.543	61,1	47,1
Nicaragua (110,99)	35,7	41	1.773	5.577	/	/
Honduras (115,101)	54	61	2.160	4.680	/	/
Bolivien (117,103)	62,6	74	2.059	3.584	71,9	56,2
Guatemala (118,104)	33,8	41	2.267	6.990	/	/

Quellen: \* UNDP Human Development Report 2007/ 2008/\*\*Gimenez, 2005

Indikatoren zu Beteiligung an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen (Frauenanteil im Parlament) und Zugang zu höherer (tertiärer) Bildung

Land	Frauenanteil im Parlament (%) 2007	Partizipation an tertiärer Bildung 2005	
		Anteil Frauen (%)	Ratio Frauen zu Männer
Argentinien	36,8	76	1,41
Chile	12,7	47	0,96
Uruguay	10,8	55	2,03
Costa Rica	38,6	28	1,26
Kuba	36	78	1,72
Mexiko	21,5	24	0,99
Panama	16,7	55	1,63
Brasilien	9,3	27	1,32
Venezuela	18,6	41	1,08
Kolumbien	9,7	31	1,09
Dominikanische Rep.	17,1	41	1,64
Peru	29,2	34	1,03
Ecuador	25	/	/
Paraguay	9,6	28	1,34
El Salvador	16,7	21	1,23
Nicaragua	18,5	19	1,11
Honduras	23,4	20	1,46
Bolivien	14,6	/	/
Guatemala	8,2	8	0,72

Quelle: UNDP Human Development Report 2007/ 2008

## Öffentliche Bildungsausgaben in Lateinamerika

Land	Öffentliche Bildungsausgaben 2002-05*	
	In % des BIP	In % der gesamten Regierungsausgaben
Argentinien	3,8	13,1
Chile	3,5	18,5
Uruguay	2,6	7,9
Costa Rica	4,9	18,5
Kuba	9,8	16,6
Mexiko	5,4	25,6
Panama	3,8	8,9
Brasilien	4,4	10,9
Venezuela	/	/
Kolumbien	4,8	11,1
Dominikanische Rep.	1,8	9,7
Peru	2,4	13,7
Ecuador	1	8,0
Paraguay	4,3	10,8
El Salvador	2,8	20
Nicaragua	3,1	15
Honduras	/	/
Bolivien	6,4	18,1
Guatemala	/	/

Quelle: UNDP Human Development Report 2007/08 \*jüngst verfügbare Daten aus angegebenem Zeitraum verwendet

Partizipation an sekundärer Bildung (Brutto-Wert: gross enrolment rate) und Alphabetisierungsrate in Prozent der 15-24-Jährigen

Land	Partizipation an sekundärer Bildung 2001 (Brutto)*, in %	Alphabetisierungsrate in Prozent der 15-24-Jährigen 1995-2005**, in %
Argentinien	99,6	98,9
Chile	85,5	99
Uruguay	101,4	98,6
Costa Rica	66,8	97,6
Kuba	89,1	100
Mexiko	75,7	97,6
Panama	69,2	96,1
Brasilien	107,5	96,8
Venezuela	68,6	97,2
Kolumbien	65,2	98
Dominikanische Rep.	67,4	94,2
Peru	89	97,1
Ecuador	59,2	96,4
Paraguay	63,5	88
El Salvador	55,9	93
Nicaragua	56,6	86,2
Honduras	/	88,9
Bolivien	84,4	97,3
Guatemala	39,3	82,2

Quellen: \*UNESCO Institute for Statistics/\*\* UNDP Human Development Report 2007/08

## Potsdamer Beiträge zur Sozialforschung

- |             |   |                                 |  |
|-------------|---|---------------------------------|--|
| Nr. 1/1995  | - | Dieter Holtmann                 | Modelle der Sozialstruktur   |
| Nr. 2/1996  | - | Dieter Holtmann                 | Entwicklungstendenzen in der Sozialstruktur und in der politischen Landschaft  |
| Nr. 3/1997  | - | Ulf Rostalsky                   | Entwicklungstendenzen von Beschäftigungsverhältnissen in den neuen Bundesländern   |
| Nr. 4/1998  | - | Birgit Schäfer                  | Ein Vergleich der Berufsstrukturen von Ost- und Westdeutschland, Norwegen und den USA: SchichtselbstEinstufung und Einstellungen in Abhängigkeit von beruflichen Lagen   |
| Nr. 5/1998  | - | Steffen Weber                   | Der Einfluss wohlfahrtsstaatlicher Charakteristika auf individuelle gesellschaftlich-politische Einstellungen. Ein Vergleich von Einstellungen in Norwegen, Deutschland (West) und in den USA                          |
| Nr. 6/1999  | - | Christian Dössel                | Lebenszufriedenheit unter dem Einfluss ausgewählter objektiver und subjektiver Faktoren im innerdeutschen Vergleich. Eine Längsschnittanalyse mit den Daten des SOEP   |
| Nr. 7/1999  | - | Birgit Schäfer                  | Ein Vergleich der geschlechtsspezifischen Berufsstrukturen von Ost- und Westdeutschland, Norwegen und den USA: SchichtselbstEinstufung und Einstellungen in Abhängigkeit von geschlechtsspezifischen beruflichen Lagen |
| Nr. 8/1999  | - | Tilo Görll                      | Regionalisierung des Wählerverhaltens in den neuen Bundesländern   |
| Nr. 9/2000  | - | Mona Youssef                    | Sozialstrukturelle und ökonomische Bestimmungsgründe der Wettbewerbsfähigkeit  |
| Nr. 10/2000 | - | Dieter Holtmann                 | Variations of welfare capitalism after the decline of state socialism: Bargaining societies on the basis of value orientations and resources of action   |
| Nr. 11/2000 | - | Claudia Vogel                   | Einstellungen zur Frauenerwerbstätigkeit. Ein Vergleich von Westdeutschland, Ostdeutschland und Großbritannien   |
| Nr. 12/2001 | - | Elisabeth Holtmann              | Sozialwissenschaftliche Erklärungsansätze zum Thema „Gewalt und Fremdenfeindlichkeit“  |
| Nr. 13/2001 | - | Claudia Buchheister, Tilo Görll | Einstellungen und Wahlen als Indikatoren der Fremdenfeindlichkeit - Empirische Analysen -  |
| Nr. 14/2001 | - | Elke Goltz, Roger Sitter        | Regionale Unterschiede in der Gewaltkriminalität im Land Brandenburg – Empirische Analyse anhand ausgewählter Strukturdaten  |

- Nr. 15/2002 - Elisabeth Holtmann, Dieter Holtmann, Tilo Görl, Elke Goltz, Claudia Buchheister Zur Prävention von Kriminalität, Gewalt und Fremdenfeindlichkeit durch die Gremien kommunaler Kriminalitätsverhütung im Land Brandenburg
- Nr. 16/2002 - Claudia Buchheister Intergenerationale Bildungs- und Erwerbsmobilität in Ost- und Westdeutschland - Eine empirische Analyse –
- Nr. 17/2003 - Andrea Ziegel Kurz- und langfristige Bestimmungsgründe für Parteilafinitäten in Ostdeutschland
- Nr. 18/2003 - Andrea Schäfer Inklusion oder Exklusion? Erwerbsobergänge in und aus Teilzeitarbeit in Deutschland.
- Nr. 19/2003 - Lena Jacobi Die Dunkelziffer der Armut – Eine Analyse der Nichtanspruchnahme von Sozialhilfe in Deutschland.
- Nr. 20/2004 - Dieter Holtmann, Elisabeth Holtmann, Tilo Görl u.a. Gewalt und Fremdenfeindlichkeit. Erklärungsfaktoren sowie Handlungsempfehlungen zu den kriminalpräventiven und zivilgesellschaftlichen Potentialen.
- Nr. 21/2004 - Silke Hans Migrants in Germany, Sweden and the United Kingdom: Patterns of Assimilation and Welfare
- Nr. 22/2004 - Judith Weigand Geschlechtsspezifische Erwerbsverläufe im internationalen Vergleich  
Der Einfluss der Geburt des ersten Kindes auf weibliche Erwerbsverläufe in Deutschland und Großbritannien
- Nr. 23/2005 - Berit Postel Charakterisierung von Lebensstilen durch Wertorientierungen
- Nr. 24/2005 - Tilo Görl Klassengebundene Cleavage-Strukturen in den neuen und alten Bundesländern im Zeitverlauf
- Nr. 25/2006 - Florian Alber Wohlfahrtsregime und Einstellungen zur Wohlfahrtsproduktion – Ein Vergleich elf westlicher Länder
- Nr. 26/2006 - Dieter Holtmann Internationaler Vergleich der Performanz von Wohlfahrtsregimen
- Nr. 27/2006 - Michael Mutz Soziale Chancengleichheit in Bildungssystemen – Länderunterschiede und ihre strukturellen Ursachen
- Nr. 28/2007 - Daniel Porep Sektorale Beschäftigungsentwicklung im Land Brandenburg – Eine empirische Untersuchung der Beschäftigungsentwicklung und deren Ursachen
- Nr. 29/2008 - Silke Grau Geschlechtsspezifische Arbeitszeitmuster im internationalen Vergleich
- Nr. 30/2009 - Frank Schneider Wohlfahrtsstaatlichkeit in Lateinamerika

Die Beiträge dieser Reihe sind zu beziehen über:

Lehrstuhl für Methoden der empirischen Sozialforschung (<http://www.uni-potsdam.de/u/soziologie/methoden/index.htm>)  
Prof. Dr. Dieter Holtmann Tel. (0331)977-3570  
Fax (0331)977-3811

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät  
Universität Potsdam  
August - Bebel - Str. 89  
14482 Potsdam